

Haucap, Justus; Mödl, Michael

Working Paper

Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung: Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits

DICE Ordnungspolitische Perspektiven, No. 40

Provided in Cooperation with:

Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich Heine University Düsseldorf

Suggested Citation: Haucap, Justus; Mödl, Michael (2013) : Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung: Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits, DICE Ordnungspolitische Perspektiven, No. 40, ISBN 978-3-86304-640-8, Heinrich Heine University Düsseldorf, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/70823>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

Nr 40

Zum Verhältnis von
Spitzenforschung und
Politikberatung.
Eine empirische Analyse
vor dem Hintergrund des
Ökonomenstreits

Justus Haucap,
Michael Mödl

März 2013

IMPRESSUM

DICE ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

Veröffentlicht durch:

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Universitätsstraße 1,
40225 Düsseldorf, Deutschland

Herausgeber:

Prof. Dr. Justus Haucap
Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE)
Tel: +49(0) 211-81-15125, E-Mail: haucap@dice.hhu.de

DICE ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

Alle Rechte vorbehalten. Düsseldorf 2013

ISSN 2190-992X (online) - ISBN 978-3-86304-640-8

Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits

Justus Haucap

DICE, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

und

Michael Mödl

Ludwig-Maximilians-Universität München

März 2013

Zusammenfassung:

Der vorliegende Beitrag trägt einige empirische Belege zum Verhältnis von wirtschaftspolitischer Beratung und ökonomischer (Spitzen-)Forschung in Deutschland zusammen, um die fortwährende Debatte über dieses Verhältnis mit einer – wenn auch nur etwas – breiteren Datenbasis zu versehen. Dazu haben wir ausgewertet, (a) in wie weit Publikationen deutschsprachiger Ökonomen in ökonomischen Top-Journals einen expliziten Bezug zu wirtschaftspolitischen Problemen im deutschsprachigen Raum aufweisen und (b) welche Ökonomen in der deutschen Politikberatung aktiv sind. Für Frage (b) wurde ausgewertet, welche Ökonomen in der Legislaturperiode 2005 bis 2009 (i) gutachterlich für die drei wirtschaftsnahen Ministerien für Finanzen (BMF), für Wirtschaft und Technologie (BMWi) sowie für Arbeit und Soziales (BMAS) tätig waren, (ii) um Stellungnahmen zu den korrespondierenden Anhörungen der Fachausschüsse im Deutschen Bundestag gebeten wurde und (iii) Aufsätze im *Wirtschaftsdienst* publiziert hat. Wie sich zeigt, sind dies größtenteils Ökonomen, welche weder aktuell noch in der Vergangenheit Spitzenforschung im Sinne des *Handelsblatt*-Rankings produziert haben. Zugleich zeigt unsere Inhaltsanalyse der Beiträge in Spitzenzeitschriften (Frage a), dass der Großteil der dort von deutschsprachigen Ökonomen publizierte Beiträge keinen direkten Bezug zur Wirtschaftspolitik im deutschsprachigen Raum hat. Die Gesamtschau der Befunde legt nahe, dass nicht nur aktuell ein starkes Maß an Arbeitsteilung zwischen Politikberatung und Spitzenforschung existiert, sondern auch über den Lebenszyklus von Ökonomen hinweg.

JEL Code: A11, D72

Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits*

Justus Haucap

DICE, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

und

Michael Mödl

Ludwig-Maximilians-Universität München

1 Einleitung

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat nicht nur die Weltwirtschaft erschüttert, sondern auch das Selbstverständnis vieler Ökonomen, insbesondere in der akademischen Welt. In Deutschland hat dies seinen Ausdruck unter Anderem, wenn auch nicht ausschließlich, im sogenannten Ökonomenstreit gefunden, dessen Kern eine Debatte sowohl über die methodische aber auch die inhaltliche Ausrichtung der Ökonomie¹ als Wissenschaft ist.² Der Ökonomenstreit ist jedoch kein rein deutsches Phänomen. Auch in anderen Ländern wie z. B. den USA (siehe z.B. Economist, 2009a, 2009b; Colander et al., 2009; Krugman, 2009; Lucas, 2009), Großbritannien (siehe z. B. Besley & Hennessy, 2009), Australien (Dow et al., 2009) oder Frankreich³ sind ähnliche Diskussionen zu beobachten.

Eine Facette des deutschen Ökonomenstreits ist die Frage, ob die Übertragung theoretischer und auch empirischer Erkenntnisse in die Wirtschaftspolitik durch entsprechende Transferleistungen bzw. Anwendungen, welche im Wesentlichen direkt in der wirtschaftspolitischen Beratung oder indirekt in wirtschaftspolitisch orientierten Publikationen oder auch Vortrags- und Lehrtätigkeiten bestehen, heute in der ökonomischen „Community“ noch hinreichend gewürdigt werden (vgl. z. B. Bizer & Gubaydullina, 2009). Ähnlich gelagert ist die in der Wirtschaftspresse, aber auch unter vielen Ökonomen geäußerte Kritik, dass sich die Volkswirtschaftslehre mehr und mehr auf Themen konzentrierte, die zwar irgendwie witzig sind, über die es ggf. auch schöne Datensätze gibt und welche sich dann gut publizieren lassen, aber die doch weniger relevant seien. Schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise hat Gregory Mankiw (2007) dieses Phänomen mit folgenden Worten illustriert:

“[M]ore young economists today are doing Levitt-style economics and fewer are studying the classic questions of economic policy. That is disconcerting, to a degree. It could be

* Diese Arbeit basiert in nicht kleinen Teilen auf der Diplomarbeit von Michael Mödl, welche er 2010 an der Universität Erlangen-Nürnberg unter Betreuung von Justus Haucap verfasst hat (Mödl, 2010). Den jetzigen Aufsatz haben die Autoren auf dieser Grundlage gemeinsam verfasst. Für hilfreiche Kommentare danken wir Susanne Cassel und Tobias Thomas sowie den Teilnehmern der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2010 in Kiel sowie des alternativen Wirtschaftsgipfels des „Arbeitskreis Real World Economics“, der 2012 in Göttingen parallel zur dortigen Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik stattgefunden hat.

¹ Puristen verwenden gern den Begriff Ökonomik für die Bezeichnung der Wirtschaftswissenschaft, gleichwohl hat sich Ökonomie als Begriff ebenso eingebürgert wie Astronomie (statt Astronomik).

² Es ist kaum möglich, die gesamte Debatte hier angemessen zu reflektieren, exemplarisch sei auf die verschiedenen Beiträge im *ifo-Schnelldienst* 14/2009 verwiesen.

³ Im April 2011 hat eine Gruppe von französischen und Schweizer Universitätsprofessoren (analog zum deutschen Ökonomenstreit 2009) einen Aufruf in der Zeitung *Le Temps* publiziert (*Le Temps* vom 06.04.2011, S.16), in dem die Wirtschaftswissenschaften als dogmatisch und realitätsfern kritisiert werden und sich für einen Pluralismus der Denkansätze öffnen müssten (deutscher Text des Aufrufs abrufbar unter: www.responsiblefinance.ch/aufruf).

especially problematic twenty years from now, when President Chelsea Clinton looks for an economist to appoint to head the Federal Reserve, and the only thing she can find in the American Economic Association are experts on game shows and sumo wrestling”

In einem einfachen theoretischen Modell hat Ellison (2002) diesen Trend dadurch erklärt, dass die (anonymen) Gutachter von Zeitschriften tendenziell vor allem Verbesserungsvorschläge zur methodischen Verbesserung von Aufsätzen machen (z. B. um die Robustheit von Modellen oder Schätzverfahren zu steigern), aber seltener dazu beitragen, die Relevanz der ursprünglichen Fragestellung zu erhöhen. Daher werde im Laufe der (meist wiederholten) Überarbeitung von Beiträgen das relative Gewicht der Bemühungen mehr und mehr von „Relevanz“ in Richtung „Rigor“ verschoben. Modelltheoretisch weniger elegant, dafür aber deutlicher hat Marc Blaug dies schon vor langer Zeit geäußert: „(...) modern economics is sick; economics has increasingly become an intellectual game played for its own sake and not for its practical consequences” (zitiert aus Frey 2000, S. 7).

Ob diese Sichtweisen überzeugen oder nicht, soll nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags sein. Es zeigt sich jedoch, dass nicht erst durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise das Nachdenken der Volkswirte über sich selbst begonnen hat. Insbesondere die Beziehungen zwischen Forschung und wirtschaftspolitischer Anwendung und die Rolle von akademischen Volkswirten in der Wirtschaftspolitik einerseits und der Wirtschaftspolitik als Forschungsgegenstand an Universitäten andererseits interessieren uns in dem vorliegenden Beitrag, auch weil unterschiedliche Auffassungen just darüber den Ausgangspunkt des Ökonomenstreits in Deutschland gebildet haben.⁴

Bemerkenswert an der in Deutschland geführten Debatte ist jedoch eine erstaunliche Diskrepanz zwischen dem Reden und Handeln von akademischen Volkswirten, die nicht neu zu sein scheint, denn Jürg Niehans (1981, S. 165) hatte dies schon vor über 30 Jahren kritisiert und bemerkt: „I am a practicing economist who tends to be rather bored by the perennial Germanic discussions about ‘methodology’. I believe economists should be judged by what they do and not by what they say they do.” Diese Diskrepanz zwischen Worten und Taten findet sich auch im jüngsten Ökonomenstreit wieder, in dem allerlei Aussagen darüber zu finden sind, was Volkswirte in Deutschland (und auch in Österreich und der Schweiz) tun und nicht tun und was sie tun und nicht tun sollten, aber es gibt zugleich ein bemerkenswertes Defizit an empirischen Analysen, um diese Debatte ernsthaft zu unterfüttern. Diskussionsgrundlage ist meist die Datenbasis des persönlichen Erfahrungsschatzes, nicht aber eine Evaluation auf Basis größerer Datenmengen wie wir sie in nahezu allen anderen Politikfeldern (Arbeitsmarktpolitik, Rentenpolitik, Wettbewerbspolitik, etc.) nicht müde werden einzufordern. Das Tun der eigenen Zunft bewerten wir – zugegebenermaßen jetzt etwas überspitzt formuliert – mit dem analytischen Instrumentarium der Introspektion, während wir sonst stets eine theoriegeleitete und datenbasierte Evaluation einfordern.

An diesem Punkt möchte unser Beitrag ansetzen und einige empirische Belege zum Verhältnis von wirtschaftspolitischer Beratung und ökonomischer (Spitzen-)Forschung in Deutschland einbringen, um die noch immer fortwährende Debatte mit einer – wenn auch nur etwas – breiteren Datenbasis zu versehen. Der Beitrag gliedert sich im Weiteren wie folgt: In Abschnitt 2 werden theoretische Überlegungen angestellt (2.1) sowie die Methodik der Datenerhebung und -auswahl und die Datenbasis erläutert (2.2). In den Abschnitten 3 und 4 werden sodann die Ergebnisse unserer empirischen Erhebungen in Bezug auf die Publikationen (Abschnitt 3) und die Politikberatung (Abschnitt 4) präsentiert. Die Ergebnisse werden in Abschnitt 5 zusammengefasst und gewürdigt sowie ein Fazit gezogen.

⁴ Als Auslöser darf wohl der offene Brief von Hans Wilgerodt und Christian Watrin gelten, in welchem die beiden das Ende der Wirtschaftspolitik traditioneller Prägung an ihrer Alma Mater in Köln beklagt haben, und die dann folgende Berichterstattung in Handelsblatt und FAZ.

2 Theoretische Überlegungen, Methodik und Daten

2.1 Theoretische Überlegungen

Ökonomische Forschung hat im Kern zwei Adressaten: die wirtschaftswissenschaftliche Forschungsgemeinschaft selbst sowie die (Wirtschafts-)Politik.⁵ Erstere wird üblicherweise durch Fachpublikationen erreicht, letztere direkt über Gutachten und Stellungnahmen und den persönlichen Austausch sowie indirekt über Publikationen, die von politischen Entscheidungsträgern und -vorbereitern gelesen werden (oder über den Umweg der öffentlichen Meinungsbildung durch die Medien⁶). Ökonomen agieren mit ihrer Forschung also im Wesentlichen auf zwei Märkten: Zum einen auf dem Markt für wissenschaftliche Publikationen im engeren Sinne, also den Fachzeitschriften, und zum anderen auf dem Markt für wirtschaftspolitische Beratung.

Starke Anreize für Publikationen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften

Die Anreize für Ökonomen, die eine wissenschaftliche Karriere verfolgen, sind u. A. von Frey (2000, S. 16 ff.) ausführlich beschrieben worden. Für wirtschaftspolitische Beratung bestehen die Anreize primär in extrinsischen Motivatoren wie einer materiellen Entlohnung sowie immateriellen Formen der Belohnung mittels Ansehen und Aufmerksamkeit in einer breiteren Öffentlichkeit.⁷ Letzteres gilt jedoch nur für die (relativ wenigen) Positionen in Spitzengremien (wie etwa dem Sachverständigenrat) – und damit ist in der Regel auch „lediglich“ nationales Renommee verknüpft. Genereller Erfolgsindikator für Ökonomen sind unter ihresgleichen vor allem Publikationen in hochrangigen Fachzeitschriften, und damit der zweite „Absatzkanal“ wirtschaftswissenschaftlicher Forschung.⁸ „Publish or perish“ (publiziere oder verschwinde) ist ein geflügelter Ausdruck innerhalb der Profession, der die Bedeutung des wissenschaftlichen Publizierens für eine akademische Karriere prägnant zusammenfasst (vgl. auch Straubhaar 2012). Das Handelsblatt beschreibt die einhellige Meinung unter deutschsprachigen Ökonomen wie folgt: „In den amerikanischen Spitzenjournals zu veröffentlichen ist für die Karriere eines Ökonomen ungewein wichtig. Weltweit hat sich das in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten als dominierendes Kriterium für die Berufung und die Karriere eines Ökonomen in der Wissenschaft herausgebildet“ (Häring 2010).⁹ Durch die zunehmende Bedeutung von Zeitschriften-Rankings und -Ratings sowie sogar Ökonomen-Rankings (wie z. B. der Handelsblatt-Rangliste oder dem RePEc-Ranking), welche sich üblicherweise auch vor allem an der (gewichteten) Anzahl von Publikationen in vor allem internationalen Fachzeitschriften orientieren, ist ein zusätzlicher Motivator und auch Druck für Ökonomen entstanden, in internationalen Fachzeitschriften zu publizieren. Bruno Frey kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass für Nachwuchsökonominnen, „die ernsthaft eine akademische Karriere verfolgen“, sogar ausschließlich Publikationen relevant seien:

⁵ Daneben engagieren sich Ökonomen an Hochschulen natürlich auch in der Lehre und der akademischen Selbstverwaltung, dies sind jedoch keine Adressaten für ökonomische Forschung bzw. Publikationstätigkeiten.

⁶ Zum letzteren vgl. Schmidt (2009).

⁷ Frey (2000, S. 16) nennt zudem eine gewisse intrinsischen Befriedigung durch die Tätigkeit selbst.

⁸ Vgl. Klein & Chiang (2004, S. 135): „Academic success depends chiefly on getting published in the good journals.“ Axarloglu & Theoharakis (2003, S. 1403) verweisen außerdem auf Studien, die belegen, dass sich insbesondere Publikationen in den Top-Journals auch finanziell positiv auswirken.

⁹ Einer der führenden deutschsprachigen Ökonomen, Bruno Frey, schildert die Situation so: „Als Ergebnis der Internationalisierung ist ein junger Wirtschaftswissenschaftler oder eine junge Wirtschaftswissenschaftlerin nur auf eine Sache konzentriert und das ist eine Publikation in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift, genauer, in den fünf Besten (...). Denn das alleine bestimmt die akademische Laufbahn. Ohne solche Publikationen lässt sich heute in der Wirtschaftswissenschaft keine Karriere machen. Gespräche unter akademischen Ökonomen drehen sich deshalb heute nicht mehr um Sachprobleme. Wenn ich also beim Verein für Socialpolitik bin, (...) redet [man] nur über ein Thema: Wie komme ich in die Fachzeitschriften rein?“ (zitiert nach Sachverständigenrat 2003, S. 85).

„Die zeitlichen Möglichkeiten und zu erwerbenden Fähigkeiten müssen vollumfänglich dem Versuch gewidmet werden, in guten Zeitschriften zu veröffentlichen und möglichst häufig zitiert zu werden“ (Frey 2000, S. 17, vgl. auch Wagner, 2006, S. 21.).

Kein Platz für wirtschaftspolitische Themen in Top-Journalen?

Im Rahmen des sogenannten Ökonomenstreits in Deutschland aber auch international (u.a. Briefe an die Königin von England, vgl. Besley & Hennessy 2009) wird auch die These vertreten, dass durch die zunehmende Orientierung an Publikationserfolgen Ökonomen an Universitäten immer schwächere Anreize haben, sich mit wirtschaftspolitisch wichtigen Themen in einer relevanten Art und Weise auseinanderzusetzen, da internationale Spitzenzeitschriften wenig Raum für wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen ließen, insbesondere wenn diese landesspezifisch seien. Gemäß Ellisons (2002) bereits oben erwähnter Q-R-Theorie des akademischen Publizierens besteht in internationalen ökonomischen Fachzeitschriften die Tendenz, mehr Gewicht auf die Rigorosität der Methodik (Q) als auf die Relevanz der Fragestellungen (R) zu legen. Grund hierfür sei u. a., dass Rigorosität für Gutachter einfacher und objektiver zu „messen“ ist als Relevanz und sie infolgedessen in ihren Kommentaren und Revisionsvorschlägen (vgl. Ellison 2002) mehr Gewicht auf diese Aspekte lägen. Die zunehmende Internationalisierung könnte diese Tendenz noch einmal befördern, da internationale Gutachter in der Regel weniger über lokal- und regionalspezifische institutionelle Details wissen und daher diese nicht gleichermaßen kritisch würdigen können wie Fragen der Methodik.

Die schwindende Relevanz ökonomischer Forschung war, wie schon erwähnt, eine der Hauptsorgen des sogenannten „ordnungspolitischen Flügels“ im Ökonomenstreit, wenn zu viel Gewicht auf die Publizierbarkeit von Forschungsergebnissen gelegt werde (vgl. FAZ 2009). Von der Gegenseite wird dagegen die Auffassung vertreten, dass auch die Politikberatung von modernen quantitativen Methoden profitieren könne und sich zu angewandten Themen sehr wohl in hochkarätigen Journalen publizieren ließe.¹⁰ Als Beleg wird dabei angeführt, dass sich die Gewichte in der VWL in den vergangenen Jahren stark in Richtung Empirie und angewandte Forschung verschoben hätten (vgl. Storbeck 2010a). International führende Forscher seien, gerade in den USA, in der Politikberatung aktiv, würden aber zugleich auch auf höchstem Niveau publizieren.

Zum Verhältnis von wirtschaftspolitisch relevanten Erkenntnissen und in Top-Journalen publizierbarer Spitzenforschung

Anders gewendet lautet die Frage, ob zwischen „Spitzenforschung“ – gemessen anhand von Publikationen in international führenden ökonomischen Fachzeitschriften¹¹ – und „Politikberatung“ – dem Verfassen von Gutachten, Stellungnahmen und anderen Beiträgen, die politische Entscheidungsträger und -vorbereiter *direkt* erreichen sollen – eher ein komplementäres Verhältnis besteht oder ob die beiden Tätigkeiten eher durch Arbeitsteilung weitgehend voneinander ge-

¹⁰ Vgl. Wortlaut im Gegenaufruf: „Der bei weitem größte Anteil der Arbeiten in internationalen Spitzenjournalen wie der „American Economic Review“, „Econometrica“, dem „Journal of Political Economy“, dem „Quarterly Journal of Economics“ oder der „Review of Economic Studies“ sind angewandter oder empirischer Natur“ (Handelsblatt, 2009).

¹¹ Mit dem Ausdruck „Spitzenforschung“ ist in diesem Beitrag nicht eine objektivierbare Qualität von Forschungsleistungen gemeint (die im Übrigen erheblichen Messproblemen unterliegt), sondern der derzeit innerhalb der ökonomischen Profession anerkannteste Indikator für herausragende Forschungsergebnisse, die Publikation in international hochrangigen Fachzeitschriften. Selbstverständlich kann und sollte auch in der Politikberatung eine Spitzenqualität der Forschung vorherrschen.

trennt sind. Komplementaritäten entstehen sicherlich, weil bestimmte Kenntnisse, Fähigkeiten und Themen sich sowohl für die wirtschaftspolitische Beratung als auch für wissenschaftliche Fachpublikationen verwenden lassen. Zu einem gewissen Grad werden die beiden Tätigkeiten aber auch auf unterschiedlichen Kenntnissen und Fähigkeiten beruhen. Beispielsweise erfordert die konkrete wirtschaftspolitische Beratung Kenntnisse über institutionelle und kulturelle Details sowie ein gewisses Verständnis des (oftmals nationalen) Rechtsrahmens. Diese Detailkenntnisse müssen in abstrahierender Forschung tendenziell weniger ausgeprägt sein. Gemäß der Theorie komparativer Vorteile kann deshalb auch gefolgert werden, dass eine gewisse Spezialisierung bzw. Arbeitsteilung effizient ist.¹² Das Ausmaß effizienter Arbeitsteilung hängt nun allerdings davon ab, inwieweit Synergien bzw. Komplementaritäten zwischen international publizierbarer Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung bestehen. Je stärker die Komplementaritäten sind, desto stärker sollte die personelle Verzahnung von Beratung und Forschung sein; existieren jedoch wenige Komplementaritäten, ist eine stärkere Arbeitsteilung effizient.

Internationale Unterschiede bei der Publikationsfähigkeit wirtschaftspolitischer Themen

Wir gehen davon aus, dass die Spillovers für (international publizierbare) Spitzenforschung und wirtschaftspolitische Beratung für Ökonomen im internationalen Vergleich unterschiedlich hoch sind. Die Ökonomik ist eine Sozialwissenschaft, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Probleme sind nicht in jedem Land dieselben.¹³ Für internationale Fachzeitschriften sind jedoch relativ allgemeine Themen interessant (z. B. Grundlagenforschung) oder Themen, die aufgrund der Größe eines Marktes ein größeres Fachpublikum ansprechen. Es lässt sich daher argumentieren, dass sich z. B. zu spezifischen amerikanischen wirtschaftspolitischen Problemen aufgrund der Größe des Leser-Marktes relativ leichter in internationalen Zeitschriften publizieren lässt als etwa zu spezifisch deutschen, französischen oder dänischen Problemen.¹⁴

Für US-amerikanische Ökonomen wäre es demnach *relativ* interessanter sich mit den institutionellen Details der Märkte und der Wirtschaftspolitik ihres Heimatlandes auseinanderzusetzen, da sich diese Kenntnisse sowohl in der Politikberatung als auch relativ leichter zur Publikation in Top-Zeitschriften verwenden ließen als für einen Ökonomen, dessen lokal- bzw. regional-spezifische und institutionelle Kenntnisse einen kleineren Markt betreffen.¹⁵ Ökonomen aus dem deutschsprachigen Raum hätten demnach einen Anreiz, sich tendenziell eher ebenfalls mit US-spezifischen oder Themen allgemeiner Natur (z. B. Grundlagenforschung) zu beschäftigen und damit anstelle eines *regionalen*, ein *globales* öffentliches Gut zu erstellen (da publizierte Forschungsergebnisse in der Ökonomie von jedermann genutzt werden können).

Eine Gruppe von Weltbank-Ökonomen liefert dazu erste empirische Indizien. Das et al. (2009) haben 202 ökonomische Fachzeitschriften der Jahre 1985 bis 2004 ausgewertet: Von

¹² Eine Arbeitsteilung könnte u. U. nicht nur effizient, sondern auch notwendig sein, da nicht alle Wirtschaftswissenschaftler „Meister-Ökonomen“ in allen Disziplinen sein können. Vgl. auch Frey (2000, S. 16): „Nur außerordentlich begabte Personen können die unterschiedlichen Tätigkeiten erfolgreich miteinander verbinden.“

¹³ Vgl. Haucap (2009) sowie Das et al. (2009, S. 4): „To the extent that optimal economic policy depends on local institutions, culture and geography, country-specific research is important.“

¹⁴ Neben dem mangelnden Interesse einer internationalen Leserschaft könnte auch ein Grund sein, dass Aussagen über lokale oder regionale institutionelle Details von internationalen Gutachtern führender Zeitschriften nicht bzw. weniger beurteilt werden können. Das Ergebnis wäre das Gleiche: geringere Überlappung von Kenntnissen, die für Politikberatung benötigt würden und in Spitzenjournalen publizierbar wären.

¹⁵ Auch die Europäische Union ist kein Gegengewicht, da sie in wirtschaftspolitischen Detailfragen zu heterogen ist, (insbesondere gibt es - abgesehen von der Geld-, Handels- und Wettbewerbspolitik – (noch) keine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik).

76.046 landesspezifischen empirischen Artikeln basierten 36.649 (48,2%) auf US-Daten (vgl. Das et al. 2009, S. 3). Noch ausgeprägter ist dieser ohnehin stark überrepräsentierte Anteil für fünf ausgewählte Spitzen-Journale:¹⁶ über 77% (2.383 von 3.083 Aufsätzen) behandelten US-spezifische Themen (vgl. Das et al., S. 12). Für die Autoren zeigt sich die enorme Differenz zwischen den USA und dem Rest der Welt auch in der Tatsache, dass es 6,5% aller US-spezifischen Papiere in diese Top5-Journale schafften; von den ohnehin viel wenigeren Studien über andere Länder dagegen nur 1,8% (vgl. Das et al., S. 12). Als Erklärung lassen die Forscher nicht eine angeblich bessere Datenbasis gelten: „Once we move outside the US, there is no difference in the likelihood of publication across the different regions – papers from the UK and other OECD countries (some of which are incredibly data rich) have just as low a likelihood of publication in the top-5 as papers from Sub-Saharan Africa or East Asia and the Pacific” (Das et al., S. 12f.).

2.2 Methodik und Daten

Für die Frage, ob Politikberatung und Spitzenforschung bei deutschen Ökonomen eher in einem substitutiven oder komplementären Verhältnis stehen, werden im Folgenden empirische Fakten über das Publikationsverhalten von Ökonomen in Deutschland und die Praxis der wirtschaftspolitischen Beratung analysiert. Dazu wurden aus „öffentlich verfügbaren“ – wenngleich in keiner Weise aufbereiteten – Quellen Daten erhoben.

2.2.1 Forschung: Publikation in Fachzeitschriften

Für den Bereich der Spitzenforschung haben wir Daten über das Publikationsverhalten deutschsprachiger Ökonomen in führenden ökonomischen Fachzeitschriften erhoben. Die gewichtete Anzahl von Publikationen in Forschungszeitschriften gilt als am weitesten verbreiteter und anerkanntester Gradmesser für die Forschungsstärke eines Ökonomen (siehe auch Abschnitt 2.2.3).¹⁷ Ziel ist es herauszufinden, (a) welchen Anteil Forschungsartikel von Ökonomen, die an deutschsprachigen Institutionen forschen, in den Top-Journalen haben, und (b), ob diese Publikationen einen besonderen Bezug zum deutschsprachigen Raum aufweisen. Anders ausgedrückt ist die Frage: Erstellen deutschsprachige Ökonomen ein *regionales* oder ein *globales* öffentliches Gut (das vermutlich genauso gut anderswo auf der Welt hätte produziert werden werden können).

Um Licht auf diese Fragen zu werfen, wurde eine Inhaltsanalyse (nach Mayring 2008) über einen Publikationszeitraum von fünf Jahren (2005-2009) in fünf hochkarätigen „General-Interest“ Journalen durchgeführt, namentlich der *American Economic Review* (AER), dem *Journal of Political Economy* (JPE), dem *Quarterly Journal of Economics* (QJE), dem *Economic Journal* (Econ J) und

¹⁶ Das et al. (2009) wählten *American Economic Review*, *Econometrica*, *Journal of Political Economy*, *Quarterly Journal of Economics* und *Review of Economic Studies*.

¹⁷ Es gibt aber auch Anzeichen, dass die Bedeutung und Marktmacht von Top-Journalen durch den technologischen Fortschritt abnehmen wird. Die traditionellen Aufgaben von Fachzeitschriften bestehen (1) in der Informationsverbreitung und (2) in der Vergabe eines Qualitäts- bzw. Gütesiegels für Forschung (Signalling). Ellison (2011) argumentiert, dass die Funktion der Informationsverbreitung heutzutage vom Internet (z. B. in Form von Working Papers) übernommen wird, sodass den Journalen primär die Signallingfunktion bleibt. Jedoch wird auch diese laut Ellison (2011) weniger wichtig, weil das Gütesiegel durch andere ersetzt wird, wie z. B. die Zugehörigkeit zu einer Top-Fakultät wie Harvard, MIT, etc. Die Aufnahmen in die Harvard Working Paper Series ist somit oftmals ein bedeutenderes Qualitätssignal als der ultimative Publikationsort. Zugleich beobachtet Ellison (2011), dass sich mehr und mehr Ökonomen aus dem Peer-Review-System zurückziehen, was wiederum die Signalling-Funktion von Zeitschriften abwertet. Ein wichtigeres Qualitätsmerkmal als der Ort der Publikation könnte in Zukunft auch die Anzahl individueller Zitationen spielen. Der technologische Fortschritt vereinfacht hier das Zählen (z. B. über Datenbanken wie SCOPUS oder ISI). Doch auch bei diesem Verfahren gäbe es weiterhin gravierende Messprobleme, einige davon listet Ritzberger (2008, S. 404 f.) und Lubrano et al. (2003, S. 1368).

dem *Journal of the European Economic Association* (JEEA). Als Quelle diente die Datenbank EconLit via EBSCO Host (<http://search.ebscohost.com/>). Insgesamt wurden 2.110 Forschungsartikel ausgewertet.

Die Auswahl der Zeitschriften erfolgte anhand der expertenbefragungsbasierten Zeitschriftenranglisten von Bräuninger & Haucap (2001), Bräuninger, Haucap & Muck (2011) und Axarloglu & Theoharakis (2003), unter Validierung mit Hilfe des zitationsbasierten Rankings von Kalaitzidakis, Mamuneas & Stengos (2003). Kriterien waren dabei, dass es sich um sogenannte „General Interest Journals“ handeln sollte, die sich an Ökonomen aller Fachgebiete gleichermaßen wenden, und in denen theoretische und angewandte Forschung gleichberechtigt publiziert wird. Des Weiteren sollten die Zeitschriften primär originäre Forschungsergebnisse veröffentlichen; Zeitschriften, die vornehmlich aktuelle Entwicklungen der Volkswirtschaftslehre zusammenfassen oder kommentieren, wurden nicht berücksichtigt (z. B. *Journal of Economic Literature*, *Journal of Economic Perspectives*). Mit dem *Economic Journal* und dem *Journal of the European Economic Association*¹⁸ wurden bewusst zwei nach den genannten Ranglisten führende europäische Journale in die Untersuchung einbezogen, um feststellen zu können, ob eine mögliche Diskriminierung regionalspezifischer Inhalte in allen Top-Journalen oder nur durch US-basierte Zeitschriften vorliegt. Ferner ist folgendes zu unserer Analyse anzumerken:

(1) In die Untersuchung wurden nur Forschungsartikel einbezogen. Kommentare, Buchbesprechungen, Ökonomenportraits, etc. waren nicht Gegenstand der Analyse.

(2) Zielobjekte der Inhaltsanalyse waren Beiträge von Forschern (unabhängig welcher Nationalität), die zum Zeitpunkt der Publikation einer „deutschsprachigen Institution“ angehörig waren¹⁹

(a) Als „deutschsprachige Institution“ gilt:

- Die Institution ist in Deutschland, Österreich oder Schweiz ansässig (wobei auch Landesteile der Schweiz einbezogen wurden, in denen Deutsch nicht erste Sprache ist).
- Es handelt sich *nicht* um eine Institution, die nur „zufällig“ ihren Sitz in einem dieser Länder hat. Beispielhaft ist die Europäische Zentralbank zu nennen: es ist davon auszugehen, dass die Forschungsthemen die gleichen wären, wenn die EZB ihren Sitz nicht in Deutschland hätte.
- Es handelt sich nicht um bloße Netzwerke bzw. Plattformen (z.B. IZA Bonn, CESifo).

In die Untersuchung einbezogen wurden somit insbesondere Ökonomen an Hochschulen und Forschungsinstituten (z.B. DIW, ifo-Institut, IAB).

(b) Sind die betrachteten Artikel in Co-Autorenschaft verfasst worden, so genügte es, wenn mindestens einer der Autoren einer deutschsprachigen Institution angehörig war.

(3) Als objektives Kriterium, was als „besonderer Bezug zum deutschsprachigen Raum“ (im Folgenden vereinfacht „deutschlandspezifisch“) gelten sollte, wurde festgelegt:

¹⁸ Das *Journal of the European Economic Association* wurde anstelle der *European Economic Review* (EER) in die Untersuchung einbezogen. In den genannten Rankings ist die Zeitschrift nicht aufgeführt, da sie erst seit 2003 existiert. Die Entscheidung ist vor allem damit zu begründen, dass das JEEA mit seiner Gründung die EER als offizielles Journal der *European Economic Association* (EEA) abgelöst hat. Es ist anzunehmen, dass die gute Position der EER vor allem auf einen positiven Einfluss der EEA zurückzuführen war (vgl. European Economic Association 2010). Beim aktuellen Impact-Faktor der JCR (2009) hat das JEEA (1,425) die EER (1,131) bereits überflügelt.

¹⁹ Deutsche (bzw. österreichische/Schweizer) Forscher, die zwar mit deutschen Daten publiziert haben, aber zum Zeitpunkt der Publikation an einer Institution außerhalb Deutschlands/Österreichs/der Schweiz angestellt waren, wurden nicht einbezogen. Beispiel: Alesina, Alberto & Fuchs-Schuendeln, Nicola (2008 noch Harvard University), „The Effect of Communism on People’s Preferences“, *American Economic Review* 97, S. 1507-1528.

- Die Begriffe „Austria“/„Austrian“, „German“/„Germany“, „Swiss/Switzerland“ kommen im Artikel vor, und dabei nicht bloß im Zusammenhang mit der Zitation einer anderen Studie.²⁰
- Es handelt sich nicht um die Beschreibung eines Experiments, mit dem allgemeines Verhalten erforscht werden soll. Solche Experimente könnten ebenso gut in anderen Ländern durchgeführt werden.

Diese Kriterien hielten einer stichprobenartigen qualitativen Einzelfallbeurteilung stand.

2.2.2 Aktivitäten in der Politikberatung

Die akademische Politikberatung wird oftmals als finaler Adressat volkswirtschaftlicher Forschung gesehen (vgl. Bonus 1982, S. 1; Franz 2000, S. 68; Frey, 2000, S. 26-27; Otremba & Diekmann 2009, S. 440).²¹ Für Papenfuß & Thomas (2007, S. 335) stellt die Fähigkeit der Volkswirtschaftslehre „zur Politikberatung gar den Kern ihrer Existenzberechtigung als Realwissenschaft dar.“ An der internationalen Mainstream-Ökonomik werden jedoch gerade deren angebliche Selbstbezogenheit und fehlender Realweltbezug kritisiert: die schwindende wirtschaftspolitische Relevanz ökonomischer Forschung und Expertise war eine der Hauptsorgen des ordnungspolitischen Flügels im deutschen Ökonomenstreit, wie im Aufruf „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten“ von 83 deutschen Professoren in der FAZ nachzulesen ist (vgl. FAZ 2009).

Um nun zu quantifizieren, wer sich in der Politikberatung engagiert – quasi als „Produzent“²² wirtschaftspolitischer Beratung aktiv ist – wurden drei unterschiedliche Erhebungen durchgeführt:

1) Direkte, mittel- oder längerfristige Politikberatung: Zunächst wurde die Vergabe von wissenschaftlichen Gutachten durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) analysiert. Untersucht wurde anhand einer Frequenzanalyse nach Mayring (2008, S. 13ff.), an wen die Forschungsgutachten und -berichte innerhalb der letzten Legislaturperiode (2005-2009) vergeben worden sind.²³ Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum 345 Gutachten erstellt und untersucht (davon 87 für das BMAS, 86 für das BMF, 172 für das BMWi). Die Auftragnehmer wurden in acht Kategorien (Wirtschaftswissenschaftler, Rechtswissenschaftler, andere Wissenschaftler, Wirtschaftsforschungsinstitute, andere Forschungsinstitute, öffentliche Stellen, private und andere) eingeteilt.²⁴ In Zusammenhang mit dem Ökonomenstreit interessiert dabei im Besonderen, welchen Stellenwert die wirtschaftswissenschaftliche Forschung an Hoch-

²⁰ Die Untersuchung umfasste zunächst auch die Begriffe „Europe“/„European“, da angedacht war, auch einen spezifischen Bezug zu Europa gelten zu lassen. Dies traf aber nur auf 5 der 2110 untersuchten Artikel zu, so dass es im Sinne der Spezifität zweckmäßiger war, die Analyse auf den deutschsprachigen Raum einzugrenzen.

²¹ Für die Betriebswirtschaftslehre gilt das gleiche im Hinblick auf Unternehmen und Organisationen. Auch hier gibt es seit Längerem eine Debatte, ob man die Relevanz der Fragestellung höher bewerten sollte als die Rigorosität der verwendeten Methode.

²² Als „Beratungskonsumenten“ bzw. direkter Empfänger von Politikberatungsdienstleistungen können die Mitarbeiter der Laufbahngruppe Höherer Dienst in wirtschaftsnahen Bundesministerien aufgefasst werden (siehe auch Abschnitt 4.1).

²³ Als Quellen dienen die entsprechenden Übersichten auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und Auflistungen aus den Datenbanken des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, die auf Anfrage extra für diesen Zweck erstellt und per E-Mail zugesandt wurden. Da der Zeithorizont für die betroffenen Gutachten oftmals ein Jahr oder auch länger ist und nahezu immer mindestens sechs Monate beträgt, haben wir dies als mittel- bzw. längerfristig bezeichnet.

²⁴ Für Details siehe Anhang I.

schulen in der wirtschaftspolitischen Praxis in Deutschland überhaupt (noch) hat. Neben sie treten vor allem zwei Kategorien von Konkurrenten:

- a) nach Art der beratenden Einrichtungen: Hochschulen versus Forschungsinstitute versus private Institutionen. Bert Rürup brachte 2010 auf einer Konferenz in Frankfurt zum Ökonomenstreit eine weithin angenommene Tendenz wie folgt zum Ausdruck: „Wirtschaftspolitische Beratung geht in zunehmenden Maße heraus aus der Uni und wird von Wirtschaftsforschungsinstituten und Unternehmensberatungen übernommen.“ Gleiches konstatierte Frey bereits im Jahr 2000 (vgl. Frey 2000, S. 27).²⁵ Aber auch diese Akteure sehen sich zunehmender Konkurrenz durch Think-Tanks, Stiftungen, Lobbying-Agenturen, etc. gegenüber (vgl. Cassel & Falk 2009, S. 3).
- b) nach Fachbereichen: Wirtschaftswissenschaften versus Rechtswissenschaften. Ebenso wird häufig kolportiert, dass Politikberatung von Juristen dominiert wird (vgl. u.a. Frey 2000, S. 27). Dies mag auch mit der mangelnden Bereitschaft von Ökonomen zusammenhängen, sich mit institutionellen Details zu beschäftigen (vgl. Haucap 2009, S. 21).²⁶ Die Untersuchung beleuchtet deshalb auch das Verhältnis Rechts- zu Wirtschaftswissenschaftler in der wirtschaftspolitischen Beratung.

2) Direkte, eher kürzerfristige Politikberatung: Die Analyse der Gutachtenvergabe wird komplettiert durch eine Untersuchung, welche Sachverständigen in der vergangenen Wahlperiode des Deutschen Bundestages (2005-2009) für die Bundestags-Ausschüsse (i) Arbeit und Soziales, (ii) Finanzen und (iii) Wirtschaft und Technologie Stellungnahmen zu öffentlichen Anhörungen verfasst haben. Als Quelle diente das Web-Archiv der jeweiligen Ausschüsse auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages. Insgesamt wurden im Beobachtungszeitraum 1.398 Stellungnahmen verfasst und ausgewertet (davon 268 für den Ausschuss für Arbeit und Soziales, 905 für Finanzen, 225 für Wirtschaft). Die Methodik ist analog zur Untersuchung der Gutachtenvergabe.²⁷

3) Indirekte Beratung: Für ein ganzheitlicheres Bild gilt es darüber hinaus zu bedenken, dass wirtschaftspolitische Beratung auch indirekt über Publikationen in der Tages- und Magazinpresse sowie in Fachzeitschriften erfolgt. Anhand von Experteninterviews²⁸ mit Mitarbeitern im BMAS, BMF und BMWi konnte eruiert werden, dass innerhalb der Fachpublikationen die Zeitschrift *Wirtschaftsdienst* besonders relevant für die wirtschaftspolitische Meinungsbildung der Politik bzw.

²⁵ Wörtlich: „Ein zunehmender und heute bereits beträchtlicher Teil der problemorientierten Forschung wird in gewinnorientierten Firmen und in gemeinnützigen wissenschaftlichen Netzwerken unternommen. Sie sind außerhalb der Universitäten angesiedelt und die Verknüpfung mit der akademischen Lehre geht weitgehend verloren“ (Frey 2000, S. 27).

²⁶ Wörtlich schreibt Haucap (2009, S. 21): „In der Politikberatung liegt der Teufel aber oftmals gerade im Detail. Hier stellt sich die Frage, ob man Fragen wie die Tariffähigkeit von Gewerkschaften (...) etc. kampflos den Juristen oder als Ökonom etwas dazu beitragen möchte. Der entscheidende Vorteil der Juristen in der Politikberatung ist jedoch aus meiner Sicht gerade der, dass diese nicht die ‚Drecksarbeit‘ scheuen, sich in die institutionellen Details hineinzufuchsen – für viele Ökonomen ein Horror. Dies erklärt sicher auch teilweise, zumindest in manchen Bereichen, den Misserfolg, den Ökonomen manchmal in der Politikberatung beklagen (und der dann oft in Politikerschelte mündet – andere sind schuld!).“

²⁷ Gemessen wurde die Anzahl der schriftlichen Stellungnahmen (anhand der Anzahl der Dokumente), nicht die Anzahl der Verfasser einer Stellungnahme. Gab es mehrere Verfasser, so wurden diese wiederum in Bruchteilen den jeweiligen Kategorien zugeordnet.

²⁸ Neun qualitative, leitfadengestützte Experteninterviews mit Referats- und Unterabteilungsleitern (4 BMWi, 3 BMF, 2 BMAS); inhaltliche Repräsentativität durch bewusste Auswahl nach Hierarchieebene und Organisationseinheit; durchgeführt im März 2010 (persönlich und telefonisch); Auswertung mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (2008).

Verwaltung zu sein scheint. Neben dem *Wirtschaftsdienst* wurden zwar auch der *ifo-Schnelldienst* und der *DIW-Wochenbericht* mehrfach genannt. Nichtsdestotrotz haben wir uns aber allein für eine Auswertung der Beiträge im *Wirtschaftsdienst* entschieden, nicht nur weil dieser am häufigsten genannt wurde, sondern auch weil er nicht (mehr) Hausorgan eines Wirtschaftsforschungsinstitutes, sondern prinzipiell neutral gegenüber Einreichungen von Ökonomen jedweder Institution ist, während der *DIW-Wochenbericht* nahezu ausschließlich *DIW-Ökonomen* zu Wort kommen lässt und auch der *ifo-Schnelldienst* primär zu Beiträgen einlädt, die oftmals aus dem Dunstkreis des *ifo-Instituts* oder von *CESifo* stammen. Neben den häufigen Nennungen des *Wirtschaftsdienstes* als regelmäßige Lektüre in den Ministerien wurde der *Wirtschaftsdienst* von den Interviewten auch mehrfach als möglicher Publikationsort für Beiträge von Mitarbeitern der wirtschaftsnahen Ministerien angeführt. Dies unterstreicht aus unserer Sicht die Einschätzung, dass es sich um eine wirtschaftspolitisch relevante Zeitschrift handelt.

Konkret wurde nun untersucht, welche Ökonomen in den 24 Ausgaben der Jahre 2008-2009 (88. und 89. Jahrgang) die insgesamt 414 Artikel erschienenen Zeitschrift verfasst haben. Erfasst wurden Professoren (auch emeritierte) der Wirtschaftswissenschaften (BWL und VWL),²⁹ um erneut einen Gradmesser für das Ausmaß akademischer wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung zu erhalten, und um die Ergebnisse anschließend mit dem Handelsblatt Ökonomen-Ranking vergleichen zu können.

Die drei von uns durchgeführten Erhebungen sind selbstverständlich kein Gesamtbild der wirtschaftspolitischen Politikberatung in Deutschland, sie haben aber durchaus exemplarischen Charakter. Zu nennen wäre z.B. auch die Mitarbeit in Beratungsgremien wie dem Sachverständigenrat und den wissenschaftlichen Beiräten der diversen Bundesministerien und anderer Bundesbehörden (wie z. B. der Bundesnetzagentur). Zudem findet auch auf Landesebene wirtschaftspolitische Beratung statt. Unsere Untersuchungen können somit selbstredend nicht den gesamten Bereich abdecken, in dem öffentliche Verwaltung und Politik wirtschaftspolitische Beratungsleistungen nachfragen.³⁰ Eine umfassende Erhebung *aller* politikberatenden Tätigkeiten ist jedoch kaum möglich. Wir versprechen uns von unseren drei Erhebungen jedoch einen guten Einblick in die Landschaft der deutschen wirtschaftspolitischen Beratung durch Ökonomen, da sich die drei Erhebungen zumindest auf einen messbaren Kernbereich deutscher Wirtschaftspolitik beziehen.

2.2.3 Politikberatung und Forschung: Stellung der politikberatenden Ökonomen im Handelsblatt-Ranking

Die Forschungsleistung der in den oben geschilderten Untersuchungen identifizierten Ökonomie-Professoren, die in der Politikberatung tätig waren (ergänzt um die institutionellen Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung³¹), wurde anschließend anhand des Handelsblatt Ökonomen-Rankings³² im Vergleich zu anderen Ökono-

²⁹ Wurden Artikel in Co-Autorenschaft mehrerer Professoren verfasst, so wurden die Beiträge gesplittet gezählt. Falls die Co-Autoren keine Professoren waren, wurde der gesamte Artikel dem Professor zugerechnet.

³⁰ Insbesondere die informelle wirtschaftspolitische Beratung, welche den Interviews zufolge eine wichtige Rolle spielt, kann kaum einer systematischen quantitativen Analyse unterzogen werden. Durch Einbeziehung der Anhörungen wird jedoch zumindest versucht, eine kurzfristige Form der Beratung einzubeziehen.

³¹ Dabei werden alle Mitglieder, die dem Sachverständigenrat im Zeitraum 2005-2009 angehörten – auch diejenigen die im März 2009 ausgeschieden bzw. neu hinzugekommen sind – berücksichtigt. Namentlich: Bofinger, Peter; Franz, Wolfgang; Rürup, Bert; Schmidt, Christoph M.; Weder di Mauro, Beatrice; Wiegard, Wolfgang.

³² Die Handelsblatt-Rankings (für VWL seit 2006, BWL seit 2009) werden vom Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI) an der Universität Konstanz auf Basis der Publikationsdatenbank des Portals Forschungsmonitoring des Vereins für

men bewertet. Dies soll Aufschluss darüber geben, ob sich auch „Spitzenforscher“ in der Politikberatung engagieren und einen weiteren Indikator liefern, ob Politikberatung und Spitzenforschung in einem eher komplementären oder eher substitutivem Verhältnis stehen.

Die Forschungsleistung von Ökonomen wird dabei anhand von Publikationsrankings gemessen, „von denen insbesondere die des Handelsblattes (...) inzwischen eine große Rolle im deutschen ökonomischen Wissenschaftsbetrieb spielen“ (Haufler & Rincke 2009, S. 124-125). Die Ranglisten des Handelsblattes gelten auch international als das Standard-Ranking deutschsprachiger Ökonomen, wie z. B. ein Verweis der von der American Economic Association herausgegebenen *Resources for Economists on the Internet* (RFE) auf eben jenes belegt (vgl. RFE 2010). Natürlich birgt das Ranking auch einige Schwächen, und es soll hier nicht der Anspruch erhoben, dass es faktisch die „besten“ Forscher identifiziert. Fakt ist aber, dass es die – sowohl innerhalb der Profession, als auch von der Öffentlichkeit – am meisten beachtete Evaluation von wirtschaftswissenschaftlicher „Spitzenforschung“ im deutschsprachigen Raum darstellt. Deshalb ist es im besonderen Maße für eine Untersuchung geeignet, ob sich – wie von den 188 Unterzeichnern des Gegenaufrufs im Ökonomenstreit gefordert (Handelsblatt 2009) – auch international sichtbare Spitzenforscher in der Politikberatung engagieren.

Für die Analysen wurden die vier folgenden Ergebnistabellen verwendet, die möglichst nah am Untersuchungszeitraum, der abgeschlossenen Legislaturperiode 2005-2009, und noch vor dem jüngst in der BWL initiierten Boykott-Aufruf (vgl. Berlemann & Haucap, 2012) liegen:

- Handelsblatt-Ranking VWL 2010: „Top-250 Forscher Lebenswerk“ (vgl. Handelsblatt 2010a) und „Top-100 aktuelle Forschungsleistung seit 2005“ (vgl. Handelsblatt 2010b);
- Handelsblatt-Ranking BWL 2009: „Top-200 Forscher Lebenswerk“ (vgl. Handelsblatt 2010c) und „Top-200 aktuelle Forschungsleistung seit 2005“ (vgl. Handelsblatt 2010d).

3 Ergebnisse I: Publikation in Fachzeitschriften („Spitzenforschung“)

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Zeitschriftenauswertung. Von insgesamt 2110 veröffentlichten Artikeln in den Jahren 2005-2009 sind 141 Beiträge, oder 6,7 Prozent, von (Co-)Autoren, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung an einer Institution im deutschsprachigen Raum angestellt waren (davon 90 aus Deutschland, 51 aus Österreich und der Schweiz). In den drei internationalen Top-Zeitschriften stellen Forscher von deutschsprachigen Institutionen weniger als 5 Prozent der Beiträge. Bei den beiden untersuchten europäischen Zeitschriften liegt Anteil mit 11,9 bzw. 10,0 Prozent erwartungsgemäß höher.

Von den 141 Beiträgen haben immerhin 37 – mehr als ein Viertel – einen spezifischen Bezug zu Deutschland (D), Österreich (A) oder der Schweiz (CH). Vereinfacht ausgedrückt bedeutet das aber auch, dass knapp drei Viertel aller Aufsätze aus dem deutschsprachigen Raum in den Top-Zeitschriften keine direkte Relevanz für *spezifische* Probleme der Wirtschaftspolitik im deutschsprachigen Raum haben, sondern allgemeiner Natur sind. In den drei international führenden Journalen sind es sogar 80% (der hohe Anteil deutschlandspezifischer Forschung im *JPE* lässt sich nur durch die geringe Anzahl von gerade einmal zwei Beiträgen deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler erklären). Hier schlägt vor allem der relativ niedrige Anteil D/A/CH-

Socialpolitik erstellt (vgl. Portal Forschungsmonitoring 2010). Sie fußen auf international etablierten Standards zur Evaluierung ökonomischer Forschung, nach denen die Aufsätze in den wichtigsten internationalen Fachzeitschriften zählen. Für eine detaillierte Beschreibung der Methodik siehe Storbeck (2010b) (Volkswirte-Ranking) und Müller & Storbeck (2009) (Betriebswirte-Ranking).

spezifischer Artikel im überproportional stark vertretenen *AER* zu Buche, jedoch selbst in den beiden europäischen Top-Journalen handelt nicht einmal jeder dritte Artikel von landesspezifischen Themen. Geographisch differenziert sind Beiträge aus Österreich und der Schweiz zu 19,6% landesspezifischen Themen gewidmet, gegenüber 30% von denen aus Deutschland – ein kleines Indiz, das die Größe des Marktes eine Bedeutung haben könnte (vgl. Anhang II).

Tabelle 1: Ergebnisse der Journalanalyse

1	2	3	4	5	6
Zeitschriftentitel	# Artikel gesamt	von deutsch- sprachiger Institution		davon Bezug zu D/CH/AT	
AER	947	44	4,6%	7	15,9%
JPE	175	2	1,1%	1	50,0%
QJE	212	9	4,2%	3	33,3%
Econ J	446	53	11,9%	18	34,0%
JEEA	330	33	10,0%	8	24,2%
Σ	2110	141	6,7%	37	26,2%
Σ (AER, JPE, QJE)	1334	55	4,1%	11	20,0%
Σ (EconJ, JEEA)	776	86	11,1%	26	30,2%

Bei diesen Ergebnissen gilt es zu bedenken, dass nur General-Interest-Journals in die Untersuchung einbezogen wurden. Würden auch führende Journals mit theoretischem Fokus hinzugezogen, wäre der Anteil D/A/CH-spezifischer Fragestellungen höchstwahrscheinlich noch geringer.

4 Ergebnisse II: Politikberatung

4.1 Direkte Politikberatung (Gutachten und Stellungnahmen)

Die Ergebnisse der Untersuchung der Gutachtenvergabe sind in Tabelle 2 dargestellt. Von den 345 Forschungsaufträgen, die im Zeitraum 2005-2009 extern vergeben wurden, gingen knapp 38% an private Organisationen. Diese sind auch beim BMAS und beim BMWi mit jeweils knapp unter 40% die größte Gruppe unter den Auftragnehmern. Lediglich im Fall des BMF dominieren Wirtschaftsforschungsinstitute mit fast der Hälfte aller erstellten Gutachten, gefolgt von privaten Organisationen mit über einem Viertel. Wirtschaftsforschungsinstitute sind auch insgesamt (über alle drei Ministerien zusammen) am zweitstärksten vertreten. Zusammen erstellen private Organisationen und Wirtschaftsforschungsinstitute fast drei Viertel aller Gutachten (73,55%), insofern wird die eingangs zitierte These von Bert Rürup gestützt.

Wirtschaftswissenschaftler an Hochschulen stellen die drittstärkste Kategorie. Nur im BMWi liegen Wirtschaftswissenschaftler knapp mit einem Gutachten hinter den nicht-wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten – dies könnte jedoch mit der höheren Zahl der Mitarbeiter im BMWi mit ökonomischem Hintergrund zusammenhängen (vgl. Anhang III).

Insgesamt erstellen Ökonomie-Professoren etwas mehr als jedes zehnte extern vergebene Gutachten der drei Ministerien, innerhalb des Finanzministeriums ist es fast jedes fünfte Gutachten. Hochschul-Ökonomen liegen damit deutlich vor Hochschul-Juristen, die überraschend wenig Gutachten für die drei Ministerien verfassen. Selbst wenn man die fünf Kanzleien hinzuzählt, welche in die Kategorie der privaten Organisationen fallen, werden nur knapp 2% der extern

vergebenen Gutachten von Juristen verfasst. Juristischer Sachverstand wird somit seltener eingekauft als ökonomischer.

Tabelle 2: Gutachtenvergabe nach Art der Auftragnehmer, 2005-2009

#	Kategorie	BMAS ³³		BMF		BMW i		Gesamt	
1	Wirtschaftswissenschaftler an Hochschulen	8,2	9,4%	16,5	19,2%	19	11,0%	43,7	12,7%
2	Rechtswissenschaftler an Hochschulen	1,14	1,3%	0	0,0%	1	0,6%	2,14	0,6%
3	Sonstige Wissenschaftler an Hochschulen	6	6,9%	1	1,2%	2,83	1,6%	9,83	2,8%
4	Wirtschaftsforschungsinstitute	25,84	29,7%	40,5	47,1%	57	33,1%	123,34	35,8%
5	Sonstige Forschungsinstitute	3,64	4,2%	2	2,3%	20	11,6%	25,64	7,4%
6	Öffentliche Stellen	3,4	3,9%	2	2,3%	3,5	2,0%	8,9	2,6%
7	Privatwirtschaft	38,75	44,6%	23	26,7%	68,66	39,9%	130,41	37,8%
8	Sonstige	0	0,0%	1	1,2%	0	0,0%	1	0,3%
	Σ (Anzahl Gutachten)	87	100%	86	100%	172	100%	345	100%

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010) sowie Auskünfte von BMW i und BMF

Hätte man alle öffentlich (teil-)finanzierten Kategorien von Auftragnehmern zu einer zusammengefasst, so wäre diese mit 61,9% aller erstellten Gutachten deutlich die größte Gruppierung. Innerhalb dieser wird im Durchschnitt jedes fünfte nachgefragte Gutachten von einem Ökonomen einer Hochschule erstellt (43,7 von 213,59). Aus öffentlichen Mitteln (teil-)finanzierte wirtschaftswissenschaftliche Expertisen (also Kategorie 1 abzgl. ein Professor an einer schwedischen Universität, und Kategorie 4) sind zusammen für fast die Hälfte (etwa 48%) aller erstellten Gutachten verantwortlich – das sind deutlich mehr als von allen privaten Organisationen. Aus all dem kann gefolgert werden, dass wirtschaftswissenschaftliche Expertise aus forschungsnahen Instituten in der direkten, längerfristig angelegten Politikberatung sehr gefragt ist (wenn auch Wirtschaftsforschungsinstitute fast dreimal so stark nachgefragt werden wie Hochschulen).

Tabelle 3 fasst die Ergebnisse der Untersuchung der für Bundestagsanhörungen verfassten Stellungnahmen zusammen – die im Gegensatz zur Gutachtenerstellung ein eher kurzfristig orientiertes Instrument der Politikberatung darstellen. Auf den ersten Blick ist festzustellen, dass Experten aus der Privatwirtschaft einen sehr hohen Anteil (44 bis 82 %) an den Stellungnahmen haben (im Durchschnitt deutlich höher als an den Gutachten zuvor). Dies ist nicht verwunderlich, da zu jedem neuen Gesetzentwurf die Meinungen der Interessenverbände der Privatwirtschaft gehört werden. Ebenso hat, im Vergleich zu den erstellten Gutachten oben, die Kategorie 6 (öffentliche Stellen) stark zugenommen. Auch dies ist ein erwartungskonformes Ergebnis, da bei Anhörungen verstärkt auf die Einschätzungen von Einrichtungen der öffentlichen Hand (beim Ausschuss für Arbeit und Soziales sind dies z. B. verstärkt die Bundesagentur für Arbeit und das ihr angeschlossene IAB, beim Finanzausschuss die Bundesbank) und juristische Expertisen von Gerichten und Staatsanwälten zurückgegriffen wird. Wirtschaftsforschungsinstitute spie-

³³ Die „krummen“ Dezimalzahlen sind der Tatsache geschuldet, dass Gutachten häufig an Konsortien vergeben werden.

len eine geringe Rolle, sie erstellen eher eigene Gutachten, als zu Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Tabelle 3: Anzahl der Stellungnahmen von Experten in ausgewählten Bundestagsausschüssen in der 16. Wahlperiode (2005-2009) nach Art der Sachverständigen

#	Kategorie	Arbeit		Finanzen		Wirtschaft		Gesamt	
1	Wirtschaftswissenschaftler an Hochschulen	18	6,7%	47	5,2%	13	5,8%	78	5,6%
2	Rechtswissenschaftler an Hochschulen	17	6,3%	50	5,5%	16	7,1%	83	5,9%
3	Sonstige Wissenschaftler an Hochschulen	10	3,7%	3	0,3%	3	1,3%	16	1,1%
4	Wirtschaftsforschungsinstitute	1	0,4%	17	1,9%	4	1,8%	22	1,6%
5	Sonstige Forschungsinstitute	3	1,1%	1	0,1%	0	0,0%	4	0,3%
6	Öffentliche Stellen	99	36,9%	40,5	4,5%	20	8,9%	159,5	11,4%
7	Privatwirtschaft	118	44,0%	743,5	82,2%	169	75,1%	1030,5	73,7%
8	Sonstige	2	0,7%	3	0,3%	0	0,0%	5	0,4%
	Σ (Stellungnahmen)	268	100%	905	100%	225	100%	1398	100%
	Anzahl Anhörungen	41		46		22		109	
	Anzahl Stellungnahmen je Anhörung	6,54		19,67		10,23		12,83	
	Anzahl Stellungnahmen von Kat. 1 je Anhörung	0,44		1,02		0,59		0,72	

Quellen: Deutscher Bundestag (2010a, 2012b, 2010c)

Wiederum interessant und aufschlussreich ist die Betrachtung der Hochschulwissenschaftler. Juristen stellen hier mit (nur) knappem Vorsprung die größere Gruppe. Im Bundestagsausschuss für Arbeit wurde im Zeitraum 2005-2009 sogar ein Ökonomeprofessor mehr als Rechtswissenschaftler um Stellungnahme gebeten. Der rund 6-prozentige Anteil an allen abgegebenen Stellungnahmen, die Wirtschaftswissenschaftler von akademischen Einrichtungen verfassen, klingt zunächst nicht nach viel.³⁴ Gemessen aber an der Anzahl der Anhörungen geben Wirtschaftswissenschaftler aus Kategorie 1 durchschnittlich 0,72 Stellungnahmen je Anhörung ab, d.h. ein Ökonomeprofessor war im Schnitt zu jeder 1,4. Anhörung eingeladen. Gewichtet man alle drei wirtschaftsnahen Ausschüsse gleich und rechnet damit den in dieser Statistik dominanten Einfluss des Finanzausschusses heraus,³⁵ der durchschnittlich um mehr als eine Stellungnahme eines Ökonomen je öffentlicher Anhörung gebeten hat, so käme man trotzdem noch auf 0,68 Stellungnahmen von Wirtschaftswissenschaftlern an Universitäten je Anhörung. Demnach wäre durchschnittlich bei jeder 1,65. Anhörung – also bei mehr als der Hälfte aller Anhörungen – ihre Expertise gefragt. Juristen kommen auf einen nur sehr geringfügig höheren Wert, da nur fünf akademische rechtswissenschaftliche Stellungnahmen mehr verfasst wurden. Es kann also auch in der eher kurzfristigen, direkten Politikberatung nicht die Rede davon sein, dass Ökonomen den

³⁴ Lässt man die Privatwirtschaft außen vor, war dies mehr als jeder fünfte (21,3%) von den restlichen Sachverständigen ein Ökonomeprofessor.

³⁵ Der Finanzausschuss hat mit 46 nicht nur die meisten öffentlichen Anhörungen in der 16. Wahlperiode abgehalten, sondern mit durchschnittlich 19,67 auch um die meisten schriftlichen Stellungnahmen je Anhörung gebeten.

Juristen kampflos das Feld überlassen würden. Zumindest anhand der hier zusammengetragenen Daten lässt sich dieser vielleicht doch eher gefühlte als gemessene Eindruck nicht ernsthaft belegen.

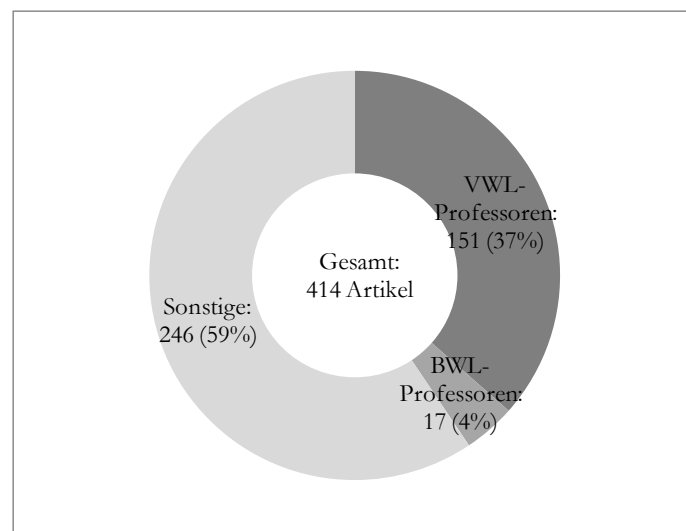
Wie kann es nun sein, dass trotzdem oftmals der Eindruck zu entstehen scheint, dass Politikberatung von Juristen dominiert werde? Eine Erklärung könnte sein, dass für die Gruppe der Privatwirtschaft in obiger Statistik, also z. B. für Interessenverbände, häufig Juristen an den Anhörungen teilnehmen. So mag es den Anschein haben, dass Rechtswissenschaftler überrepräsentiert sind. Die Ausschüsse laden diese jedoch als Interessenvertreter ein und nicht wegen ihrer dezidiert rechtswissenschaftlichen Expertise.

Des Weiteren sind juristische Mitarbeiter in Ministerien häufig überproportional stark vertreten. Einen Überblick über die fachliche Zusammensetzung der Mitarbeiter in der Laufbahngruppe des Höheren Dienstes in den wirtschaftsnahen Ministerien bietet Anhang III. Es zeigt sich, dass Juristen die größte Gruppe stellen, ihre Dominanz innerhalb der öffentlichen Verwaltung im wirtschaftspolitischen Bereich ist aber weniger prägnant als erwartet – immerhin mehr als ein Drittel der Mitarbeiter im Höheren Dienst im Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium sind Wirtschaftswissenschaftler.³⁶ Zudem besteht die Aufgabe der Rechtswissenschaftler dort nicht allein in der wirtschaftspolitischen Beratung, sondern auch im Formulieren konkreter Textentwürfe für Gesetze und Verordnungen.

4.2 Indirekte Politikberatung (Publikation im *Wirtschaftsdienst*)

Abbildung 1 zeigt die Anzahl der Artikel im *Wirtschaftsdienst* (als eine wirtschaftspolitisch besonders relevante Fachzeitschrift) nach Profession der Autoren. Eine Tabelle mit den Ergebnissen, welche Ökonomie-Professoren in Jahrgängen 2008 und 2009 im *Wirtschaftsdienst* publiziert haben, findet sich in Anhang IV.

Abbildung 1: Artikel im *Wirtschaftsdienst* (2008-2009) nach Profession des Verfassers



³⁶ Hans-Jürgen Krupp, dem als ehemaligem Präsidenten des DIW sowie ehemaligem Mitglied des Sachverständigenrates und als ehemaligem Finanz- sowie Wirtschaftsminister Hamburgs sowohl die Seite der Politikberatung als auch die der Politik vertraut ist, fordert den weiteren Aufbau ökonomischer Kompetenz innerhalb der Ministerien: „Politik und Verwaltung sollten sich nicht einseitig auf wirtschaftspolitische Beratung verlassen, sondern selber wissenschaftliche Kompetenz erwerben und ausbauen. Schon heute gibt es in Verwaltungen Ökonomen, die in vielerlei Hinsicht verengten Universitätsökonomen überlegen sind. Sie haben in der Praxis dazu gelernt“ (Krupp 2004, S. 90).

Insgesamt wurden in den untersuchten 24 Ausgaben des *Wirtschaftsdienst* 414 Artikel veröffentlicht. Davon wurden 168 – also 40,6 % – von Professoren der Wirtschaftswissenschaften verfasst (36,5 % von Volkswirten, 4,1% von Betriebswirten). Mindestens einen Beitrag verfassten dabei 109 unterschiedliche Ökonomeprofessoren, darunter 98 Volkswirte und 11 Betriebswirte. Im folgenden Abschnitt soll nun analysiert werden, in wie weit die ermittelten Ökonomen, die Gutachten, Stellungnahmen und Beiträge für den *Wirtschaftsdienst* verfasst haben, auch in der Spitzenforschung aktiv sind.

4.3 Stellung der politikberatenden Ökonomen im *Handelsblatt*-Ranking

Tabelle 4 zeigt die Stellung der Ökonomeprofessoren in den *Handelsblatt*-Ranglisten, die gemäß der vorangegangenen Analysen an der Erstellung von Gutachten für die wirtschaftsnahen Ministerien beteiligt waren und/oder eine Stellungnahme für Anhörungen des Bundestags verfasst haben, sowie derjenigen, die einen Artikel im *Wirtschaftsdienst* publiziert haben („Verfasser Publikation“).³⁷

Tabelle 4: Politikberatende Ökonomen und deren Stellung im Handelsblatt Ranking

Fach	Anzahl Verfasser	Ranking	Anzahl im Ranking vertreten*	Anteil im Ranking	Bester Rang	Durch- schnittl. Rang
Verfasser Gutachten und/oder Stellungnahmen						
VWL	34	Top-250 Lebenswerk Ranking	8	23,5%	31.	119.
		Top-100 Aktuelle Forschungsleistung	3	8,8%	75.	78.
BWL	19	Top-100 Lebenswerk Ranking	3	15,8%	53.	118.
		Top-200 Aktuelle Forschungsleistung	1	5,3%	68.	68.
VWL +BWL	53	Lebenwerk Ranking	11	20,8%	31.	
		Ranking Aktuelle Forschungsleistung	4	7,5%	68.	
Verfasser Beiträge im <i>Wirtschaftsdienst</i>						
VWL	98	Top-250 Lebenswerk Ranking	21	21,4%	25.	114.
		Top-100 Aktuelle Forschungsleistung	7	7,1%	36.	51.
BWL	11	Top-100 Lebenswerk Ranking	1	9,1%	53.	53.
		Top-200 Aktuelle Forschungsleistung	0	0,0%		
VWL +BWL	109	Lebenwerk Ranking	22	20,2%	25.	
		Ranking Aktuelle Forschungsleistung	7	6,4%	36.	

* Alle Forscher, die im Ranking der aktuellen Forschungsleistung vertreten sind, sind auch im Ranking für das Lebenswerk vertreten

Insgesamt haben in den Jahren von 2005 bis 2009 53 Professoren ein Gutachten oder eine Stellungnahme verfasst (zwei sogar beides). Davon sind elf, also nur etwa jeder Fünfte (20,8%) in mindestens einem der vier Teilrankings vertreten. Die Verfasser der Gutachten schneiden dabei etwas besser ab (4 von 17, d.h. 23,7 % gelistet) als diejenigen Sachverständigen, die zu Anhörungen des Bundestags eingeladen waren (7 von 37, d.h. 18,9% gelistet). Von denjenigen Professoren, die in den Handelsblatt-Ranglisten geführt werden, haben lediglich zwei mehr als nur ein Gutachten bzw. eine Stellungnahme geschrieben. Andere, die mehrfach tätig waren, sind nicht im *Handelsblatt*-Ranking gelistet.

³⁷ Eine detaillierte Auflistung der Namen der Wirtschaftswissenschaftler sowie deren Position im Lebenswerk- und aktuelle Forschungsleistung-Ranking ihrer Fachgebiets sind in Anhang V gelistet. Darin wurde auch vermerkt, für welches Ministerium bzw. welchen Ausschuss sie gutachterlich tätig wurden und wie oft.

Differenziert nach Fachrichtungen haben 34 VWL-Professoren mindestens ein Gutachten oder eine Stellungnahme erstellt, wovon acht (23,5%) in einem der *Handelsblatt*-Rankings gelistet sind. Diese acht tauchen allesamt in der Rangliste für Forschungsoutput über die gesamte Lebenszeit auf, jedoch nur drei (8,8%) in der für die aktuelle Forschungsleistung seit 2005. Die beste Platzierung im Top-250 Lebenswerk Ranking ist Rang 31, die durchschnittliche Platzierung Rang 111. Der bestplatzierte Volkswirt in der Wertung der aktuellen Forschungsleistung liegt auf Rang 21.

Die Anteile der 19 politikberatenden Betriebswirte ähneln stark denen der Volkswirte. Vier, und damit ebenfalls etwas mehr als jeder Fünfte (21%), sind in den BWL Rankings vertreten. Wiederum sind alle fünf in der Liste für das Lebenswerk gelistet, und mit Platz 118 im Mittel liegen sogar die durchschnittlichen Platzierungen dicht beieinander. Zwar gelingt nur einem BWL-Professor der Sprung ins aktuelle Forschungsleistungs-Ranking, das sind (bei einer recht geringen Gesamtanzahl allerdings nur beschränkt aussagefähigen) knapp 5%.

Auch in den institutionellen Beratungsgremien der Wirtschaftspolitik sitzen nicht die vermeintlichen „Spitzenforscher“ nach Handelsblatt-Rankings: Unter den sechs Ökonomen, die im Zeitraum 2005-2009 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung waren, war lediglich einer gelistet, und zwar auf Platz 73 des Volkswirte-Lebenswerk-Rankings.

Diese Daten offenbaren aus unserer Sicht eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Spitzenforschung und Politikberatung unter Ökonomieprofessoren in Deutschland. Ob es sich dabei um eher komplementäre oder substitutive Tätigkeiten handelt, zeigt sich aber vor allem daran, ob sie von einer Person „zeitgleich“ (innerhalb eines bestimmten Zeitraums) durchgeführt werden. Also interessiert insbesondere der Vergleich, ob die Ökonomen, die unter aktueller Forschungsleistung (seit 2005) in den Rankings gelistet werden, in dieser Zeit auch in der wirtschaftspolitischen Beratung tätig waren. Die Zahlen belegen, dass über 94 % der Professoren, die in den Jahren 2005 bis 2009 ein Gutachten oder eine Stellungnahme verfasst haben, in diesem Zeitraum keine so starken Publikationsleistungen erbracht haben, die sie unter die 100 forschungsstärksten Ökonomen gebracht hätte. Die übrigen 6% rangieren dazu erst im hintersten Quartil des Rankings.

Entgegen dem häufigen Argument einer zeitlichen Arbeitsteilung, dass Volkswirte als junge Menschen wissenschaftlich publizieren und sich als ältere der Politikberatung widmen,³⁸ deuten die Ergebnisse dieser Erhebungen eher auf eine personelle Arbeitsteilung über den gesamten Schaffenszeitraum hin: Knapp 80% der Professoren, die sich in den vergangenen fünf Jahren in der direkten Politikberatung engagiert haben, gehören nicht zu den 250 forschungsstärksten deutschsprachigen Ökonomen gemessen anhand des Publikationsoutputs über das gesamte Lebenswerk.

Als Einschränkung sei erwähnt, dass im Handelsblatt-Ranking auch deutschsprachige Ökonomen geführt werden, die an einer Hochschule im Ausland forschen und daher weniger für die wirtschaftspolitische Beratung in Deutschland prädestiniert sind. Andererseits besteht berechtigter Grund zu der Annahme, dass diejenigen Wirtschaftswissenschaftler, die sich in formellen Stellungnahmen und Studien sowie in Gremien engagieren, ebenfalls informell um Rat gefragt

³⁸ Wolfgang Franz, Bruno Frey und Hans-Jürgen Krupp erteilen diesem Vorschlag ohnehin eine Absage. Die wichtige Aufgabe der Politikberatung müsse stets von den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen profitieren können und dürfe nicht von Wissenschaftlern übernommen werden, die den Zenit ihres Schaffens bereits überschritten haben. Zudem müssten sie sich ein komplett neues Feld arbeiten (vgl. Krupp 2004, S. 88).

werden, so dass die Ergebnisse auch gewisse Rückschlüsse auf diesen schwer messbaren Bereich der Politikberatung zulassen sollten.³⁹

Die Indizien, dass die Märkte für Politikberatung und Spitzenforschung durch Arbeitsteilung weitgehend voneinander getrennt sein könnten, erhärten sich, wenn man vergleicht, welche Ökonomen in Spitzenjournalen und welche in wirtschaftspolitisch relevanten Fachzeitschriften publizieren. Werden die Artikel im *Wirtschaftsdienst* von Professoren geschrieben, die auch in den renommiertesten Forschungszeitschriften veröffentlichen und daher im Ökonomen-Ranking vorne liegen?

Nach Anzahl der Artikel wurden 22,3% (37,5) der 168 Beiträge von Wirtschaftsprofessoren im *Wirtschaftsdienst* in den Jahren 2008 und 2009 von Ökonomen verfasst, die in einem Ranking geführt werden. Unter den Artikeln der Volkswirte sind es 24,1% (36,5), nur ein Aufsatz stammt von einem geranktem Betriebswirt (Top-250 Lebenswerk BWL; entspricht 5,9 % aller 16,83 Beiträge von BWL-Autoren). Acht Artikel wurden von Volkswirten geschrieben, die zu den 100 aktuell forschungsstärksten deutschsprachigen VWL-Professoren gehören (die alle zugleich auch im Top-250 Lebenswerk Ranking geführt werden), das sind nur 5,3 % aller Artikel von Volkswirten und 1,9 % aller Aufsätze, die in den 24 untersuchten Ausgaben des *Wirtschaftsdiensts* publiziert wurden.

Die Werte nach Anzahl der Professoren, die im Beobachtungszeitraum mindestens einen Beitrag für den *Wirtschaftsdienst* geschrieben haben, sind erstaunlich ähnlich zu denen der direkten Politikberatung über Gutachten und Stellungnahmen: Ebenfalls um die 20% der Autoren sind im Handelsblatt-Ranking vertreten (21 von 109, d.h. 19,3%). Lediglich einer von 11 BWL-Professoren (9,1 %) rangiert im Lebenswerk-Ranking (Platz 53), unter den Volkswirten sind es 21 von 98 Professoren (21,4%), mit dem Bestplatzierten immerhin auf Rang 25. Die durchschnittliche Platzierung der 21 für ihren Forschungsoutput über die gesamte bisherige Schaffenszeit gerankten Volkswirte ist Platz 111, die Durchschnittspunktzahl würde einen hypothetischen 78. Platz ergeben. Von den 21 schaffen es lediglich 7 (7,1% aller Volkswirte) unter die 100 aktuellen deutschsprachigen Spitzenforscher. Über 92 % der deutschsprachigen Volkswirte, die Beiträge im *Wirtschaftsdienst* als einer wirtschaftspolitisch relevanten Zeitschrift veröffentlichen, gehören somit zur selben Zeit nicht zu den 100 Wissenschaftlern mit dem hochrangigsten Forschungsoutput.⁴⁰ Kein einziger ist unter den Top-20 (Bestplatzierter Rang 21).

5 Zusammenfassung und Fazit

5.1 Empirische Fakten und Schlussfolgerungen

Die empirischen Fakten deuten daraufhin, dass Politikberatung und Spitzenforschung in der Tätigkeit deutscher Ökonomen zumindest aktuell in einem eher substitutiven als in einem komplementärem Verhältnis stehen.

Die Auswertungen führender Ökonomie-Zeitschriften haben ergeben, dass darin nur jeder fünfte Artikel eines Ökonomen, der an einer Institution in Deutschland, Österreich oder der Schweiz forscht, einen besonderen Bezug zu spezifischen Problemen der Wirtschaftspolitik oder

³⁹ Vgl. Interview mit Dr. Berend Diekmann: „[Bei] einzelne[n] Professoren (...) hängt [es] davon ab, wie sie sich persönlich engagieren. (...) [W]eil man die einfach kennt, und weil da die Kanäle vorhanden sind, die werden eher mal ad hoc gefragt“ (B4).

⁴⁰ Eine gleiche Tendenz bei den Prozentwerten bei Gutachten/Stellungnahmen und Artikeln im *Wirtschaftsdienst* konnte erwartet werden, die nahezu exakte Übereinstimmung ist allerdings doch überraschend.

Ökonomie im deutschsprachigen Raum hat. Auch in den untersuchten europäischen Fachzeitschriften sind über zwei Drittel der von deutschsprachigen Ökonomen publizierten Artikel nicht direkt für die nationale Wirtschaftspolitik relevant. Die Ergebnisse sind also mit der These vereinbar, dass sich in internationalen Spitzenjournalen relativ schlechter zu deutschlandspezifischen wirtschaftspolitischen Fragestellungen publizieren lässt. Der Vorschlag, dass (auch) in Deutschland allein die Erfolge bei internationalen Spitzenpublikationen zur Auswahl von wirtschaftspolitischen Beratern maßgeblich sein sollten, verkennet diesen Zusammenhang, nämlich dass der Gegenstand der Forschung oftmals ein anderer ist und damit verbunden oft das für die Politikberatung notwendige institutionelle Wissen fehlen könnte.

Darüber hinaus suggerieren die Erhebungen, dass es primär nicht die forschungstärksten Ökonomen sind, die sich in der Politikberatung engagieren. 94% der VWL-Professoren, die zwischen 2005 und 2009 Stellungnahmen zu Anhörungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestages geschrieben, an wissenschaftlichen Gutachten für Bundesministerien mitgewirkt, und/oder in den Jahren 2008 und 2009 einen Artikel in einer für die Wirtschaftspolitik besonders relevanten Zeitschrift verfasst haben, gehörten während des gleichen Zeitraums nicht zu den 100 aktuell forschungstärksten deutschen Ökonomen – ein deutlicher Indikator, dass sich nur sehr wenige Ökonomen zeitgleich sowohl in Spitzenforschung als auch Politikberatung engagieren. Eine gewisse Arbeitsteilung deutet sich aber auch über den gesamten Schaffenszeitraum an: Nur 20% der VWL-Professoren, die sich von 2005 bis 2009 in der wirtschaftspolitischen Beratung (direkt oder indirekt) engagiert haben, sind überhaupt im Handelsblatt Ranking für die lebenslange Forschungsleistung vertreten, und dann vor allem auf hinteren Plätzen. Es gibt also auch keine verlässlichen Anzeichen einer „zeitlichen Arbeitsteilung“ derart, dass Ökonomen in jüngeren Jahren publizieren und sich in älteren Jahren in der Politikberatung engagieren würden. Eine rationale Erklärung dafür könnte sein, dass die Spillovers zwischen den beiden Tätigkeiten für einen deutschen Ökonomen gering sind.

5.2 Handlungsempfehlungen

Die Auswertung der Gutachtenvergabe hat gezeigt, dass ökonomische Expertise auch von Wissenschaftlern an Hochschulen von der Politik nach wie vor nachgefragt wird. Sollte ein (stärkeres) Engagement von akademisch arbeitenden Wirtschaftswissenschaftlern in der Politikberatung gewünscht sein, ist sinnvollerweise auf die Möglichkeiten der ökonomischen Agenda zu vertrauen. Einschränkungen des internationalen Wettbewerbs und moralische Appelle – wie im Ökonomenstreit zu hören – gehören im Allgemeinen nicht dazu, Anreize hingegen schon. Es gibt folgende Optionen, die Anreize für wirtschaftspolitische Beratung zu steigern:

Erstens kann der **monetäre** Anreiz durch eine bessere direkte Bezahlung erhöht werden. Krupp (2004, S. 88) weist darauf hin, „dass die Karriereorientierung moderner Ökonomen gelegentlich auch finanzielle Aspekte einbezieht, die durchaus zu einem Engagement in der wirtschaftspolitischen Beratung führen können.“ So fänden sich „in der Beratungsszene auch Ökonomen, bei denen sich kommerzielle und wissenschaftliche Interessen in schöner Art und Weise zusammenfügen, dies ist z.B. bei Instituten an einer Universität möglich (...)“ (Krupp 2004, S. 88).

Zweitens wurden **institutionelle** Vorschläge geäußert: Roland Vaubel und die 83 Unterzeichner des Aufrufs „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!“ forderten die Beibehaltung von Lehrstühlen für Wirtschaftspolitik, als Karriereanreiz für Nachwuchswissenschaftler ebenso wie als stete Mahnung an die Inhaber, sich mit wirtschaftspolitischen Themen zu beschäf-

tigen (vgl. FAZ 2009). Um den Austausch zwischen Theorie und Praxis zu fördern kam von Walther Otremba und Berend Diekmann aus dem Bundeswirtschaftsministerium die Überlegung, „ob beim Finanz- und beim Wirtschaftsministerium Arbeitseinheiten eingerichtet werden könnten, innerhalb derer – von Firmen und Verbänden unabhängig – Wissenschaftler befristet forschen und zugleich in die tägliche Arbeit eingebunden werden“ (Otremba & Diekmann 2009, S. 443). Als Vorbild nennen sie die entsprechende Einheit bei der Bundesbank. In Ministerien außerhalb Deutschlands ist dies durchaus nicht unüblich. Ähnlich hat Lars-Hendrik Röller vorgeschlagen, die Durchlässigkeit zwischen Hochschulen/Wissenschaft und politischer Administration in Deutschland zu erleichtern, ähnlich wie im amerikanischen System (vgl. Röller 2010).

Vielversprechend erscheint aber auch die Idee, die **immateriellen** Anreize zu verstärken. Dazu müssen Wege gefunden werden, den Reputationsgewinn wirtschaftspolitisch relevanter Aktivitäten zu steigern. Die bisherigen Evaluationen von „Spitzenforschung“ bilden den spezifischen Mehrwert der gesamten Leistungen von akademischen Ökonomen für eine Gesellschaft nicht adäquat ab. Im Rahmen von Forschungsrankings könnte daher ein spezifischer wirtschaftspolitischer Bezug (nachgewiesen z.B. anhand der Auswertung deutscher, österreichischer, schweizerischer, ... Daten) in der Spitzenforschung besonders honoriert werden.⁴¹ Denkbar ist auch ein eigenes Ranking der Publikationsleistung in Zeitschriften, die als besonders wirtschaftspolitisch relevant erachtet werden, sowie eine systematische Evaluation wirtschaftspolitischer Beratungsaktivitäten, um ein Gegenstück zu Rankings des akademischen Forschungsoutputs zu schaffen.⁴² Eine kluge Weisheit aus der amerikanischen (!) Managementliteratur – publiziert übrigens nicht in einem Zeitschriftenaufsatz, sondern in einem Buch, nämlich „The Greatest Management Principle in the World“ von Michael Le Boeuf (1985) – lautet: „The things that get measured are the things that get done“ oder in Kurzform: „What gets measured, gets done.“ Daher wäre neben (1) einer Weiterentwicklung und Verbesserung des Forschungsrankings auch (2) die Ergänzung um andere Leistungsmessungen separat vom Forschungsranking sinnvoll, damit andere sinnvolle Leistungen nicht vernachlässigt werden. Ein solches zweites Ranking könnte auch die wirtschaftspolitische Beratung durch die Medien umfassen.

Zudem haben wir die These vertreten (und durch empirische Evidenz nicht widerlegt gefunden), dass im internationalen Vergleich in kleineren Wirtschafts- und Wissenschaftsräumen geringere Spillovers zwischen Politikberatung und Spitzenforschung bestehen, und dass diese demnach für größere Märkte, wie z. B. die USA, relativ höher sind. Allerdings wird auch in den USA lebhaft über die gesellschaftliche Relevanz wirtschaftswissenschaftlicher Forschung diskutiert. Die hier skizzierten Vorschläge zur Schaffung von Anreizen innerhalb eines Raumes gemeinsamer Wirtschaftspolitik, können auch auf andere Räume international übertragen werden.

5.3 Fazit

„Trotz einiger Beiträge zur Klärung der logischen Grundlagen ist die Geschichte dieser Literatur im Wesentlichen eine Geschichte vergeudeter Energie, die man besser hätte nutzen können“

⁴¹ Zu bedenken sind allerdings die signifikanten Messprobleme, die bei der Evaluation von Forschung ohnehin nicht klein sind.

⁴² Es wird damit nicht gegen Publikationsrankings von Spitzenforschung an sich argumentiert. Sie sind nützlich, wenn man messen will, wie wettbewerbsfähig deutsche Ökonomen international auf dem Gebiet der Grundlagenforschung sind (von der es auch positive Spillovers in Lehre und angewandte Forschung gibt). Überhaupt spielen die hochkarätigen referierten Zeitschriften eine tragende Rolle in der Qualitätskontrolle wirtschaftswissenschaftlicher Forschung, die auch der Politikberatung zugutekommt (was jedoch nicht heißt, dass Publikationsrankings einen perfekten Maßstab für Qualität darstellen).

(Schumpeter 2007, S. 994), schreibt Joseph Schumpeter in seiner „Geschichte der ökonomischen Analyse“ über den ersten Methodenstreit, der Ende des 19. Jahrhunderts die deutschsprachige Ökonomenzunft schon einmal in zwei Lager spaltete. Was hat der jüngste Ökonomenstreit gebracht? In vielen Punkten erscheint die Kontroverse – gerade in Deutschland – sicherlich überzogen, insbesondere wenn man die zahlreichen gegenseitigen Missverständnisse berücksichtigt. Insofern hat der Streit aber auch zum Verständnis der unterschiedlichen Positionen beigetragen. Und schließlich gehört es zum Selbstverständnis einer Wissenschaft sich selbst und ihre Methodik zu hinterfragen – ob es einen konkreten Anlass wie eine Finanz- und Wirtschaftskrise gibt, oder nicht.

Vor allem aber hat der Ökonomenstreit die deutsche Volkswirtschaftslehre aus ihrer Lethargie geholt. Die unintendierten Nebenwirkungen der erforderlichen Internationalisierung des Fachs, insbesondere dass eine Anreizverzerrung zulasten gesellschaftlich relevanter Forschung existiert, wurden seit Längerem geahnt. Erst der Streit hat eine systematische Betrachtung provoziert.

Diese Arbeit hat Indikatoren für das eher substitutive Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung aus Sicht deutscher Ökonomen aufgezeigt. Es wird aber auch argumentiert, dass dieses Verhältnis kein notwendiges Übel darstellt, falls Anreize für eine effiziente Arbeitsteilung zwischen beiden Tätigkeiten geschaffen werden. Wie genau die Anreize gestaltet werden sollten – und auch was das „volkswirtschaftlich“ optimale Verhältnis von Grundlagen- und angewandter Forschung wäre –, muss weitere Forschung aufdecken. Die Wirtschaftswissenschaft ist dabei auf jeden Fall in der Lage diese Aufgabe aus eigener Kraft zu lösen. Es gilt auch für den jüngsten Ökonomenstreit eine Aussage Carl Mengers während des ersten Methodenstreits der Nationalökonomie:

„Die Reform einer Wissenschaft vermag nur aus ihr selbst, nur aus den Tiefen ihrer eigenen Ideenkreise hervorzugehen (...). Die politische Oekonomie wird nicht durch Historiker, durch Mathematiker, oder durch Physiologen, nie auch durch solche, die blindlings den Spuren derselben folgen, aus ihrer gegenwärtigen Versunkenheit emporgehoben werden. Die Reform der politischen Oekonomie vermag nur von uns selbst auszugehen, von uns Fachgenossen, die wir im Dienste dieser Wissenschaft stehen.“

– Carl Menger (1884, S. V)

Literaturverzeichnis

- Axarloglu, Kostas & Theoharakis, Vasilis (2003), „Diversity in Economics: An Analysis of Journal Quality Perceptions“, *Journal of the European Economic Association* 1, S. 1402-1423.
- Berleemann, Michael & Haucap, Justus (2012), „Which Factors Drive the Decision to Opt out of Research Rankings? A Note on Academic Resistance to Change“, DICE Discussion Paper No. 72, online bei: <http://ideas.repec.org/p/zbw/dicedp/72.html>
- Besley, Tim & Hennessy, Peter (2009), Letter to the Queen, vom 22.07.2009, online unter: <http://www.ft.com/intl/cms/3e3b6ca8-7a08-11de-b86f-00144feabdc0.pdf>
- Bizer, Kilian & Gubaydullina, Zulia (2009), „Zur Zukunft der Volkswirtschaftslehre“, *Wirtschaftsdienst* 89, S. 447-450.

- Bonus, Holger (1982), „Information und Emotion in der Politikberatung – Zur politischen Umsetzung eines wirtschaftstheoretischen Konzepts“, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 138, S. 1-21.
- Bräuninger, Michael & Haucap, Justus (2001), „Was Ökonomen lesen und schätzen: Ergebnisse einer Umfrage“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, S. 185-210.
- Bräuninger, Michael; Haucap, Justus & Muck, Johannes (2011), „Was lesen und schätzen deutschsprachige Ökonomen heute?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 12, S. 339-371.
- Cassel, Susanne & Falk, Svenja (2009), „Politikberatung und Wirtschaft“ (Editorial), *Zeitschrift für Politikberatung* 2(1), S. 3-4.
- Colander, David; Goldberg, Michael; Haas, Armin; Juselius, Katarina; Kirman, Alan; Lux, Thomas & Sloth, Brigitte (2009), „The Financial Crisis and the Systemic Failure of the Economics Profession“, *Critical Review* 21(2), S. 249-267.
- Das, Jishnu; Do, Quy-Toan; Shaines, Karen; Srinivasan, Sowmya (2009): „U.S. and Them: The Geography of Academic Research“, World Bank Policy Research Working Paper, 5152.
- Dow, Sheila C.; Earl, Peter E.; Foster, John; Harcourt, Geoffrey C.; Hodgson, Geoffrey M.; Metcalfe, J. Stanley; Ormerod, Paul; Rosewell, Bridget; Sawyer, Malcolm C.; Tylecote, Andrew (2009), „The GFC and University Economics Education: An Open Letter to the Queen“, *Journal of Australian Political Economy* 64, 233-235.
- Ellison, Glenn (2002), „Evolving Standards for Academic Publishing: A q-r-Theory“, *Journal of Political Economy* 110, S. 994-1034.
- Ellison, Glenn (2011), „Is Peer-Review in Decline?“, *Economic Inquiry* 49, S. 635-657.
- FAZ (2009), „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 05.05.2009.
- Franz, Wolfgang (2000), „Wirtschaftspolitische Beratung: Reminiszenzen und Reflexionen“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1, S. 53-71.
- Frey, Bruno S. (2000), „Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1, S. 5-33.
- Handelsblatt (2009), „Baut die deutsche VWL nach internationalen Standards um!“, *Handelsblatt* vom 08.06.2009, Nr. 107, S. 9.
- Handelsblatt (2010a), „Handelsblatt-Ranking VWL 2010: Top-250-Forscher Lebenswerk“, online unter: <http://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=23&so=2a&pc=250>.
- Handelsblatt (2010b), „Handelsblatt-Ranking VWL 2010: Top-100-Forscher aktuelle Forschungsleistung“, online unter: <http://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=27&so=1a&pc=100>.
- Handelsblatt (2010c), „Handelsblatt-Ranking BWL 2009: Top-200-Forscher Lebenswerk“, online unter: <http://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=32&so=1a&pc=200>.
- Handelsblatt (2010d), „Handelsblatt-Ranking BWL 2009: Top-200 Forschungsleistung seit 2005“, online unter <http://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=28&so=1a&pc=200>.
- Häring, Norbert (2010), „Das amerikanische Übergewicht“, *Handelsblatt.com* vom 10.09.2010.
- Haucap, Justus (2009), „Braucht die Volkswirtschaftslehre eine Neuausrichtung?“, *ifo Schnelldienst* 62(15), S. 19-22.
- Haufler, Andreas & Rincke, Johannes (2009), „Wer trägt bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik vor? Eine empirische Analyse“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10, S. 123-145.

- Kalaitzidakis, Pantelis; Mamuneas, Theofanis & Stengos, Thanasis (2003), „Rankings of Academic Journals and Institutions in Economics“, *Journal of the European Economic Association* 1, S. 1346-1366.
- Klein, Daniel B. & Chiang, Eric (2004), „The Social Science Citation Index: A Black Box – with an Ideological Bias?“, *Econ Journal Watch* 1(1), S. 134-165.
- Krugman, Paul (2009), „How Did Economists Get It So Wrong?“, *New York Times Online* vom 02.09.2009, online unter: <http://www.nytimes.com/2009/09/06/magazine/06Economic-t.html>.
- Krupp, Hans-Jürgen (2004), „Was kann die (National-)Ökonomie zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik beitragen?“, *Wirtschaftsdienst* 84, S. 84-90.
- Le Boeuf, Michael (1985), *The Greatest Management Principle in the World*, Putnam: New York.
- Lubrano, Michel; Bauwens, Luc; Kirman, Alan; Protopopescu, Camelia (2003), „Ranking Economics Departments in Europe: A Statistical Approach“, *Journal of the European Economic Association*, 1(6), S. 1367-1401.
- Lucas, Robert E. (2009), „In Defence of the Dismal Science“, *The Economist* 392(8643), S. 67.
- Mankiw, Gregory (2007), „Is Steve Levitt Ruining Economics?“, *Greg Mankiw's Blog* vom 27.04.2007, online unter: <http://gregmankiw.blogspot.com/2007/04/is-steve-levitt-ruining-economics.html>.
- Mayring, Philipp (2008), *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 10. Auflage, Beltz Verlag: Weinheim/Basel.
- Menger, Carl (1884), *Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie*, Alfred Hölder: Wien.
- Mödl, Michael M. (2010), *Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung – Eine theoretische und empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits*, Diplomarbeit an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.
- Müller, Anja & Storbeck, Olaf (2009), „BWL-Ranking – Methodik und Interpretation“, *Handelsblatt.com* vom 20.05.2009, online unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/bwl-ranking/bwl-ranking-methodik-und-interpretation/3180850.html>.
- Niehans, Jürg (1981), „Economics: History, Doctrine, Science, Art“, *Kyklos*, 34, S. 165-177.
- Otremba, Walther & Diekmann, Berend (2009), „Was erwartet die Politik von den Ökonomen?“, *Wirtschaftsdienst* 89, S. 440-443.
- Papenfuß, Ulf & Thomas, Tobias (2007), „Eine Lanze für den Sachverständigenrat? Plädoyer für eine differenzierte Analyse wirtschaftswissenschaftlicher Beratungsinstitutionen“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8, S. 335-358.
- Portal Forschungsmonitoring (2010), Über uns, online unter: <http://www.forschungsmonitoring.org>
- RFE (2010), „Top German Economists and Departments“, in: *RFE: Resources for Economists on the Internet*, online unter: http://rfe.org/showRes.php?rfe_id=1712.
- Ritzberger, Klaus (2008), „A Ranking of Journals in Economics and Related Fields“, *German Economic Review* 9, S. 402-430.
- Röller, Lars-Hendrik (2010), „Für mehr Austausch“, *Financial Times Deutschland* vom 04.09.2010, Sonderdruck Ökonomenumfrage 2010, S. 7.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2003), *Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1962-2003*, Wiesbaden.

- Schmidt, C. (2009), „Wirtschaftswissenschaft und Politikberatung in Deutschland: Bedeutung, Möglichkeiten und Grenzen der Kausalanalyse“, in: Belke, Ansgar; Kotz, Hans-Helmut; Paul, Stephan & Schmidt, Christoph (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik im Zeichen europäischer Integration: Festschrift für Wim Kösters anlässlich seines 65. Geburtstages*, RWI Schriften, Duncker & Humblot: Berlin, S. 19-36.
- Schumpeter, Joseph A. (2007), *Geschichte der ökonomischen Analyse I+II*, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen.
- Storbeck, Olaf (2010a), „Wie die Finanzkrise die VWL auf den Kopf stellt“, *Handelsblatt.com* vom 14.01.2010, online unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/fundamentalkritik-wie-die-finanzkrise-die-vwl-auf-den-kopf-stellt>.
- Storbeck, Olaf (2010b), „Was sich 2010 an der Methodik geändert hat“, *Handelsblatt.com* vom 01.03.2010, online unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/vwl-ranking/handelsblatt-ranking-vwl-was-sich-2010-an-der-methodik-geaendert-hat>.
- Straubhaar, Thomas (2012), „Publish or Perish hat ausgedient“, *Ökonomenstimme* vom 20.03.2012, online unter: <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2012/03/publish-or-perish-hat-ausgedient>.
- The Economist (2009a), „What Went Wrong with Economics?“, *The Economist* vom 16.07.2009, 392(8640), S. 11-12.
- The Economist (2009b), „The Other-wordly Philosophers“, *The Economist* vom 16.07.2009, 392(8640), S. 65-67.
- Wagner, Gert G. (2006), „Volkswirtschaftslehre und Politikberatung“, *Wirtschaftsdienst* 86, S. 19-22.

Anhang I: Kategorien für Auftragnehmer von Gutachten

#	Kategorie	Definition	Beispiel
1	Wirtschaftswissenschaftler an Hochschulen	Wissenschaftler (Professoren, auch emeritierte, Wissenschaftliche Mitarbeiter, ...) und Hochschulinstitute aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich an Universitäten sowie Fach- und anerkannten Privathochschulen im In- und Ausland.	Prof. Dr. Ansgar Belke
2	Rechtswissenschaftler an Hochschulen	wie oben, aus dem rechtswissenschaftlichen Fachbereich	
3	Sonstige Wissenschaftler an Hochschulen	wie oben, aus nicht wirtschafts- oder rechtswissenschaftlichen Fachbereichen.	
4	Wirtschaftsforschungsinstitute (öffentl. Zuwendungen)	Wirtschaftsforschungsinstitute mit eigener Rechtsform, die sich aus öffentlichen Zuwendungen (teil-)finanzieren, z.B. über Mitgliedschaft in der Wissensgesellschaft Gottfried Wilhelm Leibniz.	DIW, RWI, IAW, ZEW
5	Sonstige Forschungsinstitute	Forschungsinstitute, die sich aus öffentlichen Zuwendungen (teil-)finanzieren, ohne Spezialisierung auf wirtschaftswissenschaftliche Themen.	WZB Berlin, Fraunhofer ISI
6	Öffentlicher Sektor	Beratungsleistungen, die von öffentlichen Stellen erbracht werden, die auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene in Deutschland angesiedelt sind (außer Hochschulen). Universitätsprofessoren, die ein Gutachten/eine Stellungnahme in ihrer Funktion als Mitglied einer staatlichen Behörde oder Kommission verfassen, werden ebenfalls (ausschließlich) zu dieser Kategorie gezählt.	Bundesbank, IAB, Statistisches Bundesamt, Bundesnetzagentur, Monopolkommission, Deutscher Städtetag, BGH, Richter, Staatsanwälte.
7	Private	Privatpersonen und private Unternehmen. Darunter fallen auch Wirtschaftsforschungsinstitute mit privater Rechtsform, die keine regelmäßigen öffentlichen Zuwendungen erhalten (z.B. Prognos AG).	Rechtsanwaltskanzleien, Unternehmensberatungen, eingetragene Vereine, Verbände, Gewerkschaften.
8	Sonstige	Personen oder Institutionen, die zu keiner der Kategorien 1-7 gezählt werden können. Meist Internationale Organisationen oder Ämter/Ministerien des Auslands.	OECD, Europäische Kommission, Französisches Finanzministerium

Anmerkung: Für jedes vergebene Gutachten wurde genau ein Punkt vergeben, auch wenn das Gutachten in kooperativer Zusammenarbeit entstanden ist (so wird für die „Gemeinschaftsdiagnose“ nur ein Punkt an Kategorie 4 vergeben, obwohl regelmäßig 6-7 Wirtschaftsforschungsinstitute beteiligt waren). Sollten Personen/Institutionen unterschiedlicher Kategorien ein Gutachten erstellt haben, so wurde es ihnen zu gleichen Bruchteilen zugerechnet (bspw. wurde das Gutachten 28/03 – „Die Entwicklung der Energiemärkte bis zum Jahr 2030 - energiewirtschaftliche Referenzprognose“ gemeinschaftlich vom *Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln* und der *Prognos AG* erstellt, es geht daher mit jeweils 0,5 Punkten in die Kategorien 1 und 7 ein).

Anhang II: Ergebnisse der Journalanalyse nach Ländern differenziert

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Journal	Artikel gesamt	von dt. Inst.	Anteil 3 von 2	davon Bezug zu D	Anteil 5 von 3	von Inst. in AT o. CH	Anteil 7 von 2	davon Bezug zu AT bzw. CH	Anteil 9 von 7
AER	947	27	2,9%	4	14,8%	17	1,8%	3	17,6%
JPE	175	2	1,1%	1	50,0%	0	0,0%	0	
QJE	212	4	1,9%	1	25,0%	5	2,4%	2	40,0%
Econ J	446	39	8,7%	15	38,5%	14	3,1%	3	21,4%
JEEA	330	18	5,5%	6	33,3%	15	4,5%	2	13,3%
Σ	2110	90	4,3%	27	30,0%	51	2,4%	10	19,6%
Σ(AER,JPE,QJE)	1334	33	2,5%	6	18,2%	22	1,6%	5	22,7%
Σ(EconJ,JEEA)	776	57	7,3%	21	36,8%	29	3,7%	5	17,2%

Anhang III: Zusammensetzung Mitarbeiter Laufbahngruppe Höherer Dienst in wirtschaftsnahen Ministerien

Fachrichtung	BMAS	BMF	BMWi
Rechtswissenschaftler/Juristen	68%	55%	47%
Wirtschaftswissenschaftler gesamt	14%	37%	38%
<i>Volkswirte</i>	5%	24%	28%
<i>sonstige Wirtschaftswissenschaftler</i>	9%	13%	10%
Politik- u. Verwaltungswissenschaftler, Aufstiegsbeamte	3%	4%	3%
Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaftler	3%	2%	2%
Naturwissenschaftler	3%	2%	5%
Ingenieure*	-	-	5%
Sonstige**	9%	-	-
Stand:	26.04.2010	20.09.2010	01.04.2010

*) Kategorie fehlt bei BMAS und BMF

**) Kategorie fehlt bei BMF und BMWi

Eigene Tabelle; Quelle: Auskünfte der Ministerien

Anhang IV: Ökonomie-Professoren, die 2008-2009 einen Artikel im Wirtschaftsdienst verfasst haben und ihr Platz im Handelsblatt-Ranking 2010

Name Professor	Hochschule (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung)	Fach	Anzahl Beiträge	Position VWL-Ranking Top100 aktuelle Forschungsleistung	Position VWL-Ranking Top250 Lebenswerk	Position BWL-Ranking Top200 aktuelle Forschungsleistung	Position BWL-Ranking Top200 Lebenswerk
A							
B							
Stefan Baumgärtner	Uni Lüneburg	VWL	1				
Hanno Beck	HS Pforzheim	VWL	0,5				
Ansgar Belke	Uni Duisburg-Essen	VWL	1	82	144		
Norbert Berthold	Uni Würzburg	VWL	2				
Andrea Beyer	FH Mainz	BWL	1,5				
Kilian Bizer	Uni Göttingen	VWL	2				
Ulrich Blum	Uni Halle/Saale	VWL	1				
Eckart Bomsdorf	Uni Köln	VWL	1				
Hans Wolfgang Brachinger	Uni Fribourg, CH	VWL	2				
Bernhard Brümmer	Uni Göttingen	VWL	0,33				
Dietrich Budäus	Uni Hamburg	VWL	1				
Hans-Peter Burghof	Uni Hohenheim	BWL	2				
Thiess Büttner	Uni München	VWL	1		189		
C							
Rolf Caesar	Uni Hohenheim	VWL	1				
Dieter Cansier	Uni Tübingen	VWL	1				
Kai Carstensen	Uni München	VWL	1				
Dieter Cassel	Uni Duisburg-Essen (emeritiert)	VWL	2				
Giacomo Corneo	FU Berlin	VWL	1	54	29		
D							
Hans Diefenbacher	Uni Heidelberg	VWL	1				
Ralf Dewenter	TU Ilmenau	VWL	1				
Ferdinand Dudenhöffer	Uni Duisburg-Essen	BWL	1				
Sebastian Dullien	HTW Berlin	VWL	1				
E							
Wolfgang Eggert	Uni Paderborn	VWL	1				
F							
Gisela Färber	Dt. HS für Verwaltungswissenschaften	VWL	1				

Speyer

Siegfried F. Franke	Uni Stuttgart	VWL	1		
Wolfgang Franz	Uni Mannheim	VWL	2		73
Ralf Fendel	WHU	VWL	1		
Andreas Freytag	Uni Jena	VWL	1		
Ulrich Fritsche	Uni Hamburg	VWL	1		
Clemens Fuest	Uni Köln/Oxford University, UK	VWL	2	21*	59*

G

Nils Goldschmidt	Uni BW München	VWL	1		
Georg Götz	Uni Gießen	VWL	1		
Michael Grömling	FH Bad-Honnef-Bonn	VWL	1		
Hans-Peter Grüner	Uni Mannheim	VWL	1		86

H

Thomas Hartmann-Wendels	Uni Köln	BWL	2		
Justus Haucap	Uni Erlangen-Nürnberg	VWL	2		
Michael von Hauff	TU Kaiserslautern	VWL	1		
Richard Hauser	Uni Frankfurt a.M. (emeritiert)	VWL	2		
Karl Heinz Hausner	FH des Bundes für öffentliche Verwaltung Mannheim	VWL	1		
Carsten Hefeker	Uni Siegen	VWL	3		154
Ullrich Heilemann	Uni Leipzig	VWL	2		
André Heinemann	Uni Bremen, Junior-professor	VWL	1		
Prof. Dr. Arne Heise	Uni Hamburg	VWL	1,33		
Klaus-Dirk Henke	TU Berlin	VWL	0,5		
Oliver Holtemöller	RWTH Aachen	VWL	1		
Stefan Homburg	Uni Hannover	VWL	2		235

I

Gerhard Illing	LMU München	VWL	1		
----------------	-------------	-----	---	--	--

J

Uwe Jensen	Uni Kiel	VWL	1		
Martin Junkernheinrich	TU Kaiserslautern	VWL	1		

K

Peter Kalmbach	Uni Bremen (emeritiert)	VWL	1		
Claudia Kemfert	Hertie School of Governance, Berlin	VWL	1		
Bernd Kempa	Uni Münster	VWL	1		

Markus C. Kerber	TU Berlin	VWL	1		
Gebhard Kirchgässner	Uni St. Gallen, CH	VWL	3	25	
Martin Klein	Uni Halle-Wittenberg	VWL	1		
Thomas Knorr	Dt. HS für Verwaltungswissenschaften Speyer	VWL	1		
Ulrich Koester	Uni Kiel	VWL	1,33		
Heiko Körner	TU Darmstadt (emeritiert)	VWL	3		
Jürgen Kromphardt	TU Berlin (emeritiert)	VWL	1		
Jörn Kruse	Uni BW Hamburg	BWL	1		
L					
Eva Lang	Uni BW München	VWL	1		
Rolf Langhammer	Uni Kiel	VWL	1		
Nikolaus K. A. Läufer	Uni Konstanz	VWL	1		
Thomas Lenk	Uni Leipzig	VWL	3		
Peter von der Lippe	Uni Duisburg-Essen	VWL	1		
Jens-Peter Loy	Uni Kiel	VWL	0,33		
M					
Lukas Menkhoff	Uni Hannover	VWL	1	44	79
Frank McDonald	University of Bradford	BWL	0,33		
N					
Renate Neubäumer	Uni Koblenz-Landau	VWL	1		
Bernd Noll	HS Pforzheim	VWL	1		
O					
Peter Oberender	Uni Bayreuth	VWL	1		
Renate Ohr	Uni Göttingen	VWL	1		
Notburga Ott	Uni Bochum	VWL	1		
P					
Werner J. Patzelt	TU Dresden	VWL	1		
Stefan Paul	Uni Bochum	BWL	2		
Rolf Peffekoven	Uni Mainz, emeritiert	VWL	2		
Arnold Picot	LMU München	BWL	1		53
Birger P. Priddat	Uni Witten/Herdecke	VWL	3		
Q					
R					
Bernd Raffelhüschen	Freiburg	VWL	1		

Hermann Ribhegge	Europa-Uni Viadrina Frankfurt/Oder	VWL	1		
Wolfram Richter	TU Dortmund	VWL	1,5		65
Bernd Rudolph	Munich School of Management	VWL	1		
Bert Rürup	TU Darmstadt (eme- ritiert)	VWL	1		
S					
Wolf Schäfer	Uni Hamburg (eme- ritiert)	VWL	1		
Helmut Seitz	TU Dresden	VWL	1		
Ronald Schettkatt	Uni Wuppertal	VWL	2		241
Joachim Scheide	Uni Kiel	VWL	1		
Winfried Schmähl	Uni Bremen	VWL	1		
Christoph M. Schmidt	Uni Bochum	VWL	3		175
Ulrich Schmidt	Uni Kiel	VWL	1	36	105
P. Michael Schmitz	Uni Gießen	VWL	1		
Gunther Schnabl	Uni Leipzig	VWL	3		
Ronnie Schöb	FU Berlin	VWL	1		212
Mechthild Schrooten	HS Bremen	VWL	3		
Johannes Schwarze	Uni Bamberg	VWL	1		
Friedrich Sell	Uni BW München	VWL	1		
Silvia Simon	HTW Chur	VWL	1		
Paul Bernd Spahn	Uni Frankfurt a.M. (emeritiert)	VWL	1		
Katharina Spieß	FU Berlin	VWL	1		
Peter Stahlecker	Uni Hamburg	VWL	1		
Thomhaaras Straub	Uni Hamburg	VWL	1		
Engelbert Stock- hammer	WU Wien	VWL	1		
Bodo Sturm	HTWK Leipzig	VWL	1		
T					
Horst Tomann	FU Berlin (emer- itiert)	VWL	1		
Benno Torgler	Queensland Univer- sity of Technologie, Australien	VWL	1		
Heinz Tüselmann	Manchester Metropolitan Univer- sity, UK	VWL	0,33		
U					
V					
Ulrich van Suntum	Uni Münster	VWL	3		
Roland Vaubel	Uni Mannheim	VWL	2		53
Michael Vierling	FH des Bundes für öffentliche Verwal- tung	VWL	1		

Christian von Hirschhausen	TU Dresden	VWL	1		
W					
Adolf Wagner	Uni Leipzig (emeritiert)	VWL	1		
Gert G. Wagner	TU Berlin	VWL	4		
Joachim Wagner	Uni Lüneburg	VWL	2	51	28
Uwe Wagschal	Uni Heidelberg	VWL	1		
Jürgen Wasem	Uni Duisburg-Essen	BWL	2		
Paul J. J. Welfens	Bergische Uni Wuppertal	VWL	1		
Welf Werner	Jacobs University Bremen	VWL	1		
Adalbert Winkler	Frankfurt School of Finance & Management	VWL	1		
Berthold U. Wigger	Uni Karlsruhe	VWL	1		154
Ludger Wößmann	LMU München	VWL	2	39	145

X

Y

Z

Horst Zimmermann	Uni Marburg	VWL	2		
Jochen Zimmermann	Uni Bremen	BWL	2		
Klaus F. Zimmermann	Uni Bonn	VWL	5		36
Peter Zweifel	Uni Zürich	VWL	1		48

109					
(11 BWL, 98 VWL)			168		
Anzahl gerankt:		7	21	0	1
Ø-Platzierung:		47	111	-	53

* Clemens Fuest wurde 2010 im Handelsblatt-Ranking unter den Auslandsökonomien geführt. Sein (impliziter) Ranglistenplatz wurde uns ermittelt, indem er anhand seiner Punktzahl von 2010 in das Top100-Ranking Aktuelle Forschungsleistung und das Top250-Ranking Lebenswerk einsortiert wurde.

Anhang V: Ökonomie-Professoren, die 2005-2009 Gutachten und/oder Stellungnahmen verfasst haben, und Stellung im Handelsblatt-Ranking 2010

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Name des Professors/ der Professorin	Hochschule (zum Zeitpunkt der Erstellung des Gutachtens bzw. der Stellungnahme)	Fach- richtung	Gutachten	Stellung- nahmen	Position VWL- Ranking Top100 aktuelle For- schungs- leistung	Position VWL- Ranking Top250 Lebenswerk	Position BWL- Ranking Top200 aktuelle For- schungs- leistung	Position BWL- Ranking Top200 Lebenswerk
Ann-Kristin Achleitner	TU München	BWL		Finanzen*				
Carsten Becker	FH Potsdam	BWL	BMAS					
Ansgar Belke	Uni Duisburg-Essen	VWL	BMAS		82	144		
Erik Berglöf	Schwedisches Institut für Wirtschaft in Transformati- onsländern	VWL	BMF					
Heinz Bierbaum	HTW Saarbrücken	BWL		Finanzen				
Jochen Bigus	Uni Osnabrück	BWL		Finanzen			68	168
Heinrich Bockholt	FH Koblenz für F&I	BWL		Finanzen				
Peter Bofinger	Uni Würzburg	VWL		Wirtschaft*, Finanzen				
Eckart Bomsdorf	Uni Köln	VWL		Arbeit x2, Finanzen				
Heinz-Josef Bontrup	FH Gelsenkirchen	VWL		Arbeit				
Axel Börsch-Supan	Uni Mannheim	VWL		Arbeit		38		
Michael C. Burda	HU Berlin	VWL	BMAS*			55		
Thiess Büttner	LMU München	VWL	BMAS			189		
Johann Eekhoff	Uni Köln	VWL		Arbeit x3				
Lars P. Feld	Universität Heidelberg	VWL		Finanzen		138		

Clemens Fuest	Oxford University	VWL	BMAS*	Finanzen	21*	59*
Bernd Frick	Uni Witten-Herdecke	BWL		Arbeit		
Wolfgang Gerke	emeritiert; Bayerisches Finanz Zentrum	BWL		Finanzen x4		
Justus Haucap	Uni Erlangen-Nürnberg	VWL	BMWi*	Wirtschaft x3, Arbeit, Finanzen		
Rudolf Hickel	Uni Bremen	VWL		Finanzen x4		
Christian von Hirschhausen	TU Dresden	VWL		Wirtschaft		
Stefan Homburg	Uni Hannover	VWL		Finanzen x2		235
Lorenz Jarass	University of Applied Sciences Wiesbaden	BWL		Wirtschaft*, Finanzen x8		
Christoph Kaserer	TU München	BWL		Finanzen*, Finanzen		
Otto Ernst Kempen	Uni Frankfurt a.M.	VWL		Finanzen		
Wolfgang Kessler	Uni Freiburg	VWL		Finanzen		
Gerhard Klippstein	FHM Bielefeld	BWL		Wirtschaft		
Jan Pieter Krahn	Uni Frankfurt a.M.	VWL		Finanzen		151
Alexander Kritikos	Universität Potsdam	VWL	BMAS*			
Uwe Leprich	HS für Technik und Wirtschaft, Saarbrücken	VWL		Wirtschaft		
Ralf Maiterth	Leibniz-Universität Hannover	BWL	BMF x3			
Stefan Materne	FH Köln	BWL		Finanzen		
Harald Mattfeldt	Universität Hamburg	VWL	BMAS*			
Raimond Maurer	Universität Frankfurt	BWL		Finanzen		
Joachim Merz	Universität Lüneburg	VWL	BMAS			
Sigrid Müller	HU Berlin	VWL		Finanzen		
Eric Nowak	Universität Lugano (CH)	BWL		Finanzen x2		
Helmut Pasch	HS Niederrhein	BWL		Finanzen		

Arnold Picot	LMU München	BWL	Wirtschaft	53			
Andreas Pfingsten	Universität Münster	BWL	Wirtschaft	99			
Rainer Schlittgen	Universität Hamburg	VWL	BMAS*				
Dieter Schmitt	Uni Duisburg-Essen	VWL	Wirtschaft				
Friedrich Schneider	Universität Linz (AT)	VWL	BMAS* x2	75	31		
Wolfgang Schön	MPRC für Steuerrecht und Finanzwissenschaft	VWL	Finanzen				
Patrick Spohn	HS Pforzheim	BWL	Finanzen				
Udo Steffens	Frankfurt School of Finance & Management	VWL	Finanzen				
Harald Strotmann	HS Pforzheim (über IAW)	VWL	BMAS				
Ingo Vogelsang	Boston University	VWL	BMW ⁱ *				
Jürgen Volkert	HS Pforzheim (über IAW)	VWL	BMAS*				
Gerhard Wagenhals	Universität Hohenheim	VWL	BMF				
Beatrice Weder di Mauro	Uni Mainz	VWL	Wirtschaft*				
Carl Christian von Weizsäcker	MPI zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn	VWL	Wirtschaft				
<hr/>							
53 (34 Volkswirte, 19 Betriebswirte)							
Anzahl gerankt:				3	8	1	4
durchschnittl. Platzierung:				60	111	68	118

*) Gutachten bzw. Stellungnahme gemeinschaftlich verfasst

Quelle: Handelsblatt (2010a-d).

* Clemens Fuest wurde 2010 im Handelsblatt-Ranking unter den Auslandsökonomien geführt. Sein (impliziter) Ranglistenplatz wurde uns ermittelt, indem er anhand seiner Punktzahl von 2010 in das Top100-Ranking Aktuelle Forschungsleistung und das Top250-Ranking Lebenswerk einsortiert wurde.

BISHER ERSCHIENEN

- 40 Haucap, Justus und Mödl, Michael, Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits, März 2013.
- 39 Böckers, Veit, Coenen, Michael und Haucap, Justus, Stellungnahme zu: Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten - Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen übernehmen, Februar 2013.
- 38 Herr, Annika (Hrsg.), Beiträge zum Wettbewerb im Krankenhaus- und Arzneimittelmarkt - Band 2: Arzneimittel, Januar 2013.
- 37 Herr, Annika (Hrsg.), Beiträge zum Wettbewerb im Krankenhaus- und Arzneimittelmarkt - Band 1: Krankenhäuser, Januar 2013.
- 36 Dewenter, Ralf und Haucap, Justus, Ökonomische Auswirkungen der Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseinhalte im Internet (Leistungsschutzrecht für Presseverleger), Januar 2013.
- 35 Coenen, Michael und Haucap, Justus, Ökonomische Grundlagen der Anreizregulierung, November 2012.
Erschienen in: Holznagel, Bernd und Schütz, Rainer (Hrsg.), AregV, Anreizregulierungsverordnung, Kommentar, Beck: München 2013, S. 48-67.
- 34 Coenen, Michael und Haucap, Justus, Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen (Mittelstandsförderungsgesetz), November 2012.
- 33 Haucap, Justus und Kühling, Jürgen, Zeit für eine grundlegende Reform der EEG-Förderung - das Quotenmodell, November 2012.
Erschienen in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 63/3 (2013), S. 41-49.
- 32 Haucap, Justus, Wie lange hält Googles Monopol?, November 2012.
Erschienen in: MedienWirtschaft: Zeitschrift für Medienmanagement und Kommunikationsökonomie, 9 (2012), S. 40-43.
- 31 Herr, Annika, Rationalisierung und Wettbewerb im Arzneimittelmarkt, Oktober 2012.
- 30 Smeets, Heinz-Dieter, Zum Stand der Staatsschuldenkrise in Europa, Oktober 2012.
Erschienen in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, 63 (2012), S.125-169.
- 29 Barth, Anne-Kathrin und Heimeshoff, Ulrich, Der angemessene Kostenmaßstab für Terminierungsentgelte - „Pure LRIC“ vs. „KeL“, September 2012.
- 28 Haucap, Justus, Eine ökonomische Analyse der Überwälzbarkeit der Kernbrennstoffsteuer, September 2012.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 61 (2012), S. 267-283.
- 27 Haucap, Justus, Lange, Mirjam R. J. und Wey, Christian, Nemo Omnibus Placet: Exzessive Regulierung und staatliche Willkür, Juli 2012.
Erschienen in: T. Theurl (Hrsg.), Akzeptanzprobleme der Marktwirtschaft: Ursachen und wirtschaftspolitische Konsequenzen, Duncker & Humblot: Berlin 2013, S. 145-167.
- 26 Bataille, Marc, Die Anwendung theoretischer Wettbewerbskonzepte auf den Busliniennahverkehr, Mai 2012.
Erschienen in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 38 (2012), S. 56-99.

- 25 Haucap, Justus, Tarifeinheit nicht durch Gesetz verankern, Mai 2012.
Erschienen in: Wirtschaftsdienst, 92 (2012), S. 299-303.
- 24 Böckers, Veit, Giessing, Leonie, Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich und Rösch, Jürgen, Braucht Deutschland einen Kapazitätsmarkt für Kraftwerke? Eine Analyse des deutschen Marktes für Stromerzeugung, Januar 2012.
Erschienen in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 81 (2012), S. 73-90.
- 23 Haucap, Justus und Heimeshoff, Ulrich, Sind Moscheen in Deutschland NIMBY-Güter?, Januar 2012.
Erschienen in: R. Schomaker, C. Müller, A. Knorr (Hrsg.), Migration und Integration als wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungsprobleme, Lucius & Lucius: Stuttgart 2012, S. 163-184.
- 22 Haucap, Justus und Klein, Gordon J., Einschränkungen der Preisgestaltung im Einzelhandel aus wettbewerbsökonomischer Perspektive, Januar 2012.
Erschienen in: D. Ahlert (Hrsg.), Vertikale Preis- und Markenpflege im Kreuzfeuer des Kartellrechts, Gabler Verlag: Wiesbaden 2012, S. 169-186.
- 21 Wey, Christian, Nachfragemacht im Handel, Dezember 2011.
Erschienen in: FIW (Hrsg.), Schwerpunkte des Kartellrechts 2009/2010: Referate des 37. und 38. FIW-Seminars, Carl Heymanns Verlag: Köln 2011, S. 149-160.
- 20 Smeets, Heinz-Dieter, Staatschuldenkrise in Europa - Ist die Finanzierung der Schuldnerländer alternativlos?, November 2011.
Erschienen in: Dialog Handwerk, Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag, 2 (2011).
- 19 Haucap, Justus, Steuern, Wettbewerb und Wettbewerbsneutralität, Oktober 2011.
Erschienen in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 13 (2012), S. 103-115.
- 18 Bräuninger, Michael, Haucap, Justus und Muck, Johannes, Was lesen und schätzen Ökonomen im Jahr 2011?, August 2011.
Erschienen in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 12 (2011), S. 339-371.
- 17 Coenen, Michael, Haucap, Justus, Herr, Annika und Kuchinke, Björn A., Wettbewerbspotenziale im deutschen Apothekenmarkt, Juli 2011.
Erschienen in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 62 (2011), S. 205-229.
- 16 Haucap, Justus und Wenzel, Tobias, Wettbewerb im Internet: Was ist online anders als offline?, Juli 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 200-211.
- 15 Gersdorf, Hubertus, Netzneutralität: Regulierungsbedarf?, Juli 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 187-199.
- 14 Kruse, Jörn, Ökonomische Grundlagen des Wettbewerbs im Internet, Juli 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 175-186.
- 13 Coenen, Michael, Haucap, Justus und Herr, Annika, Regionalität: Wettbewerbliche Überlegungen zum Krankenhausmarkt, Juni 2011.
Erschienen in: J. Klauber et al. (Hrsg.), Krankenhausreport 2012, Schattauer: Stuttgart 2012, S. 149-163.
- 12 Stühmeier, Torben, Das Leistungsschutzrecht für Presseverleger: Eine ordnungspolitische Analyse, Juni 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 61 (2012), S. 82-102.

- 11 Haucap, Justus und Coenen, Michael, Mehr Plan- als Marktwirtschaft in der energiepolitischen Strategie 2020 der Europäischen Kommission, April 2011.
Erschienen in: D. Joost, H. Oetker, M. Paschke (Hrsg.), Festschrift für Franz Jürgen Säcker zum 70. Geburtstag, Verlag C. H. Beck: München 2011, S. 721-736.
- 10 Göddeke, Anna, Haucap, Justus, Herr, Annika und Wey, Christian, Stabilität und Wandel von Arbeitsmarktinstitutionen aus wettbewerbsökonomischer Sicht, März 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 44 (2011), S. 143-154.
- 09 Haucap, Justus, Steuerharmonisierung oder Steuerwettbewerb in Europa?, Dezember 2010.
Erschienen in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 64 (2011), S. 25-28.
- 08 Haucap, Justus, Eingeschränkte Rationalität in der Wettbewerbsökonomie, Dezember 2010.
Erschienen in: H. Michael Piper (Hrsg.), Neues aus Wissenschaft und Lehre. Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2010, Düsseldorf University Press: Düsseldorf 2011, S. 495-507.
- 07 Bataille, Marc und Coenen, Michael, Zugangsentgelte zur Infrastruktur der Deutsche Bahn AG: Fluch oder Segen durch vertikale Separierung?, Dezember 2010.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 370-388.
- 06 Normann, Hans-Theo, Experimentelle Ökonomik für die Wettbewerbspolitik, Dezember 2010.
Erschienen in: H. Michael Piper (Hrsg.), Neues aus Wissenschaft und Lehre. Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2010, Düsseldorf University Press: Düsseldorf 2011, S. 509-522.
- 05 Baake, Pio, Kuchinke, Björn A. und Wey, Christian, Wettbewerb und Wettbewerbsvorschriften im Gesundheitswesen, November 2010.
Erschienen in: Björn A. Kuchinke, Thorsten Sundmacher, Jürgen Zerth (Hrsg.), Wettbewerb und Gesundheitskapital, DIBOGS-Beiträge zur Gesundheitsökonomie und Sozialpolitik, Universitätsverlag Ilmenau: Ilmenau 2010, S. 10-22.
- 04 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich und Stühmeier, Torben, Wettbewerb im deutschen Mobilfunkmarkt, September 2010.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 240-267.
- 03 Haucap, Justus und Coenen, Michael, Industriepolitische Konsequenzen der Wirtschaftskrise, September 2010.
Erschienen in: Theresia Theurl (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 329, Duncker & Humbolt: Berlin 2010, S. 57-84.
- 02 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich und Uhde, Andre, Zur Neuregulierung des Bankensektors nach der Finanzkrise: Bewertung der Reformvorhaben der EU aus ordnungspolitischer Sicht, September 2010.
Erschienen in: Albrecht Michler, Heinz-Dieter Smeets (Hrsg.), Die aktuelle Finanzkrise: Bestandsaufnahme und Lehren für die Zukunft, Lucius & Lucius: Stuttgart 2011, S. 185 -207.
- 01 Haucap, Justus und Coenen, Michael, Regulierung und Deregulierung in Telekommunikationsmärkten: Theorie und Praxis, September 2010.
Erschienen in: Stefan Bechtold, Joachim Jickeli, Mathias Rohe (Hrsg.), Recht, Ordnung und Wettbewerb: Festschrift zum 70. Geburtstag von Wernhard Möschel, Nomos Verlag: Baden-Baden 2011, S. 1005-1026.

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Düsseldorfer Institut für
Wettbewerbsökonomie (DICE)**

Universitätsstraße 1 _ 40225 Düsseldorf
www.dice.hhu.de